

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Michaela Sparr pflegt Schwerkranke. Der Tod ist ihr täglicher Begleiter. Seite 22

Baubüezer **Daniel Santos**
mit klarer Ansage:

Hände weg vom Weekend!

• Die **Bauleute** sind parat für die **grossen Demos** am **17. Mai**. • Die Gerüstbauer essen die **ersten Znüni auf Arbeitszeit**. work ass mit.

Seiten 3-5

50 Jahre Kaiseraugst

Am 1. April 1975 besetzten Aktivistinnen und Aktivisten das Gelände des geplanten AKW Kaiseraugst. Soziologe **Ueli Mäder** war dabei. Im work erinnert er sich an eine Erfolgsgeschichte. Seite 17



workedito
Anne-Sophie Zbinden

KÜRZERE ARBEITSTAGE AUF DER LANGEN BANK

Es ist Mai, die Zeichen stehen auf Baustreik. Überall im Land legen Bauarbeiter ihre Schaufeln nieder und gehen an Kundgebungen. Ihre Forderungen: Mehr Lohn, weniger Arbeitszeit. Doch sie haben die ganze bürgerliche Kavallerie gegen sich: Die Baumeister mauern, Bundesstellen blockieren, der Bundesrat warnt davor, dass höhere Löhne die Teuerung anheizen würden. Und die NZZ schreibt gegen Lohnerhöhungen an, was die Drucker-schwärze hergibt: Höhere Löhne würden die Wohnungsnot verschärfen, Mieten erhöhen und überhaupt der gesamten Wirtschaft schaden. Ein Streik scheint unausweichlich.

Überstunden und extreme Reisezeiten sind heute die Realität der Baubüezer.

PREMIERE. Zum ersten Mal in der Geschichte muss der Bundesrat in einem Konflikt der Sozialpartner vermitteln. Er tut dies vor allem aus Sorge um die Schaffung der AHV, über die später im Jahr abgestimmt werden soll. Denn es ist das Jahr 1947. Bundespräsident Philipp Etter, Wirtschaftsminister Walther Stampfli und Finanzminister Ernst Nobs führen einen Kompromiss herbei. Die Gewerkschaften stimmen dem neuen Landesmantelvertrag nur unter dem Druck der bevorstehenden AHV-Abstimmung zu. Trotzdem: höhere Löhne sind im neuen Vertrag gesichert. Die Reduktion der Arbeitszeit wird aber auf die lange Bank geschoben, auf eine sehr lange Bank.

PROPAGANDA. Dort liegt sie noch immer: Überstundenmarathons, Samstagsarbeit und extreme Reisezeiten sind heute die Realität der Baubüezer. Deshalb ist die Forderung nach einer Reduktion der Arbeitszeit eine der wichtigsten in den aktuellen Verhandlungen um die Erneuerung des Landesmantelvertrages (Seite 4 und 5). Vorarbeiter Daniel Santos (43) sagt es klipp und klar: «Mein Chef weiss haargenau: Wenn ich am Samstag arbeiten muss, dann bin ich weg!» Denn sein Wochenende gehört seiner Frau und den beiden Töchtern. «Die Familie ist mir heilig!» Um möglichst viele Kollegen an die grosse Baudemo vom 17. Mai zu bringen, mache er auf den Baustellen «munter Propaganda für unsere Sache».

POSITIVGESCHICHTEN. Dass muntere Propaganda für eine gemeinsame Sache zum Erfolg führen kann, feiern wir in dieser work-Nummer gleich dreimal. Feste feiern, wie sie fallen ist umso wichtiger in Zeiten des Trumpismus (eine kühle Analyse zu Trumps Zollpolitik liefert übrigens SGB-Chefökonom Daniel Lampart auf Seite 9):

1. Znüni näh: Seit dem 1. April gilt der GAV Gerüstbau. work war bei einer der ersten bezahlten Znünipausen dabei, einer der vielen wichtigen Errungenschaften des neuen GAV (Seite 3).

2. Achtung, frisch gemalt! Bis zu 100 Franken mehr Lohn und höhere Mindestlöhne: ein Zwischenerfolg bei den Verhandlungen für den Gesamtarbeitsvertrag in der Maler-Gipser-Branche, der sich sehen lässt (diese Seite).

3. Mehr als Brösmeli: Entlassungen sind nie Grund zum Feiern, natürlich nicht. Und trotzdem: Was die Belegschaft des Industriebetriebs Faulhaber für ihren Sozialplan erkämpft hat, ist bemerkenswert. Der deutsche Betrieb wollte sie mit ein paar Hundert Franken abspesen. Doch jetzt sind es ein paar Tausend! Immerhin ein finanzielles Polster (Seite 7).

Paula Will fordert mehr Lohn für Lernende und acht Wochen Ferien «Die Schweiz hat das Geld – warum nicht für uns?»

Sie arbeitet bis zu 50 Stunden pro Woche, verdient 600 Franken – und kämpft für eine bessere Zukunft: Paula Will (19) ist im ersten Lehrjahr zur Fachperson Gesundheit.

JULIA NEUKOMM

Paula Will engagiert sich in der Unia-Jugend, die bessere Arbeitsbedingungen für Lernende fordert. Ihre eigenen Erfahrungen in der Pflege bestätigen, wie dringend diese Forderungen sind: Paula Will erhält im ersten Lehrjahr zur Fachperson Gesundheit 750 Franken brutto, übrig bleiben netto 600 Franken. Dafür arbeitet sie

«Für so viel Verantwortung ist der Lohn zu tief.»

PAULA WILL, LERNENDE PFLERGE

im Schichtbetrieb und leistet zwischen 42 und 50 Stunden pro Woche – zwei Tage Schule inklusive. In den Schulferien arbeitet sie oft deutlich mehr – zum Teil auch sechs Tage hin-

tereinander. Paula Will sagt: «Für so viel Verantwortung ist der Lohn zu tief. Wir übernehmen Aufgaben, die nahe an der Arbeit ausgebildeter Fachpersonen liegen. Es braucht faire Entlohnung.»

Auch die Arbeitszeit belastet. «Offiziell arbeiten wir 8,5 Stunden pro Tag – doch oft sind es 10 bis 30 Minuten mehr. Das summiert sich.» Dazu kommen unregelmässige Dienste, Prüfungsstress und Theorie-Lernen am Abend. «Erholung? Kaum möglich.»

MOTIVIERT TROTZ ALLEM

Fünf Wochen Ferien hat Paula wie viele Lernende. Zu wenig, sagt sie – und unterstützt die Forderung der Gewerkschaften nach acht Wochen: «Mehr Ferien stärken die Resilienz. Das schützt vor Burnout – und nützt letztlich auch dem Arbeitsmarkt.»

Trotz der Belastung bleibt Paula Will motiviert. «Ich mag den Kontakt mit Menschen. Ich lerne, wie ich mit komplexen Situationen umgehen kann, wie ich Menschen unterstützen kann. Auch gefällt mir das breite medizinische Wissen – ganz ohne Medizinstudium –, das wir uns aneignen dürfen. Zu verstehen, wie ein Mensch funktioniert, ob ge-



ENGAGIERT: Paula Will setzt sich für eine bessere Pflege ein. FOTO: JUN

sund oder krank, interessiert mich.»

EIN LOHN ZUM LEBEN

Doch das Interesse allein reicht nicht. Die Unia fordert einen Mindestlohn von 5000 Franken für ausgebildete Berufsleute. Paula sagt: «Ich werde später vielleicht 4500 Franken verdienen. Das ist definitiv kein Lohn zum Leben. Ich unterstütze die Forderung – weil wir Arbeitnehmenden die Schweiz am Laufen halten. Ziel sollte sein, dass Menschen gern zur Arbeit gehen. Und das geht nur mit

Wertschätzung – auch finanzieller. Die Mittel dafür hätten wir in der Schweiz.»

Seit ihrem 15. Lebensjahr engagiert sich Paula in der Gewerkschaft Unia. Warum? «Weil es wichtig ist, dass auch junge Menschen aktiv werden.» Die Gewerkschaft habe ihr viel über das Arbeitsrecht beigebracht. «Es gibt spannende Workshops – und vor allem stärkt es das Selbstbewusstsein, weil man sieht: Ich bin nicht allein. Es gibt viele andere Lernende, denen es ähnlich geht.»



Anna (21) und Sarina (21), ausgebildete Coiffeusen

«Im ersten Lehrjahr haben wir 400 Franken verdient, im zweiten 500 und im dritten 600. Klar, so haben wir gelernt, mit wenig Geld auszukommen – aber gemessen an dem, was wir geleistet haben, war der Lohn zu tief.»



Severin (20), Gymnasiast, ehemals Landschaftsgärtner-Lehrling

«Acht Wochen Ferien für Lernende wären sinnvoll. Der Alltag in der Lehre ist deutlich stressiger – die Leistungsanforderungen sind hoch, auch körperlich, und die Freizeit ist begrenzt.»

Giulia (16), Fachfrau Apotheke, 1. Lehrjahr

«Ich habe fünf Wochen Ferien und finde die Forderung der Unia nach acht Wochen Ferien für Lernende sehr gut – auch weil meine jüngeren Geschwister mehr Ferien haben und ich so mehr Zeit mit ihnen verbringen könnte.»



Amélie (16), Fachfrau Apotheke, 1. Lehrjahr

«Ich bin im ersten Lehrjahr und verdiene 795 Franken und bin mit diesem Lohn zufrieden. Doch als ausgelernte Frachkraft wäre ein höherer Lohn wichtig.»

Die ganze Strassenumfrage unter rebrand.ly/work-video



Zwischenerfolg bei den GAV-Verhandlungen Höhere Löhne für die Malerinnen und Gipser

Bis zu 100 Franken mehr Lohn und höhere Mindestlöhne: Die Unia konnte bei den Verhandlungen für den Gesamtarbeitsvertrag in der Maler-Gipser-Branche einen Zwischenerfolg erringen und die 6-Tage-Woche abwehren.

IWAN SCHAUWECKER

Erster Teilerfolg in den GAV-Verhandlungen mit dem Schweizerischen Maler- und Gipserunternehmer-Verband (SMGV): Der Verband hat einer Lohnerhöhung für die Buezerinnen und Buezer zugestimmt. Damit anerkennen auch die Arbeitgeber, dass es wegen der steigenden Lebenshaltungskosten Lohnerhöhungen braucht. Konkret gibt es für die Malerinnen und Gipser in der Deutsch-



VEREINT AUF DER STRASSE: Die Malerinnen und Gipser an der letztjährigen Lohndemo in Bern. FOTO: UNIA

schweiz, im Jura und im Tessin 100 Franken mehr Lohn, und die Mindestlöhne steigen um bis zu 50 Franken pro Monat. Der alte GAV wird zudem bis März 2026 verlängert.

EIN ERSTER SCHRITT

Bruna Campanello, Unia-Sektorleiterin Gewerbe, sagt: «Mit

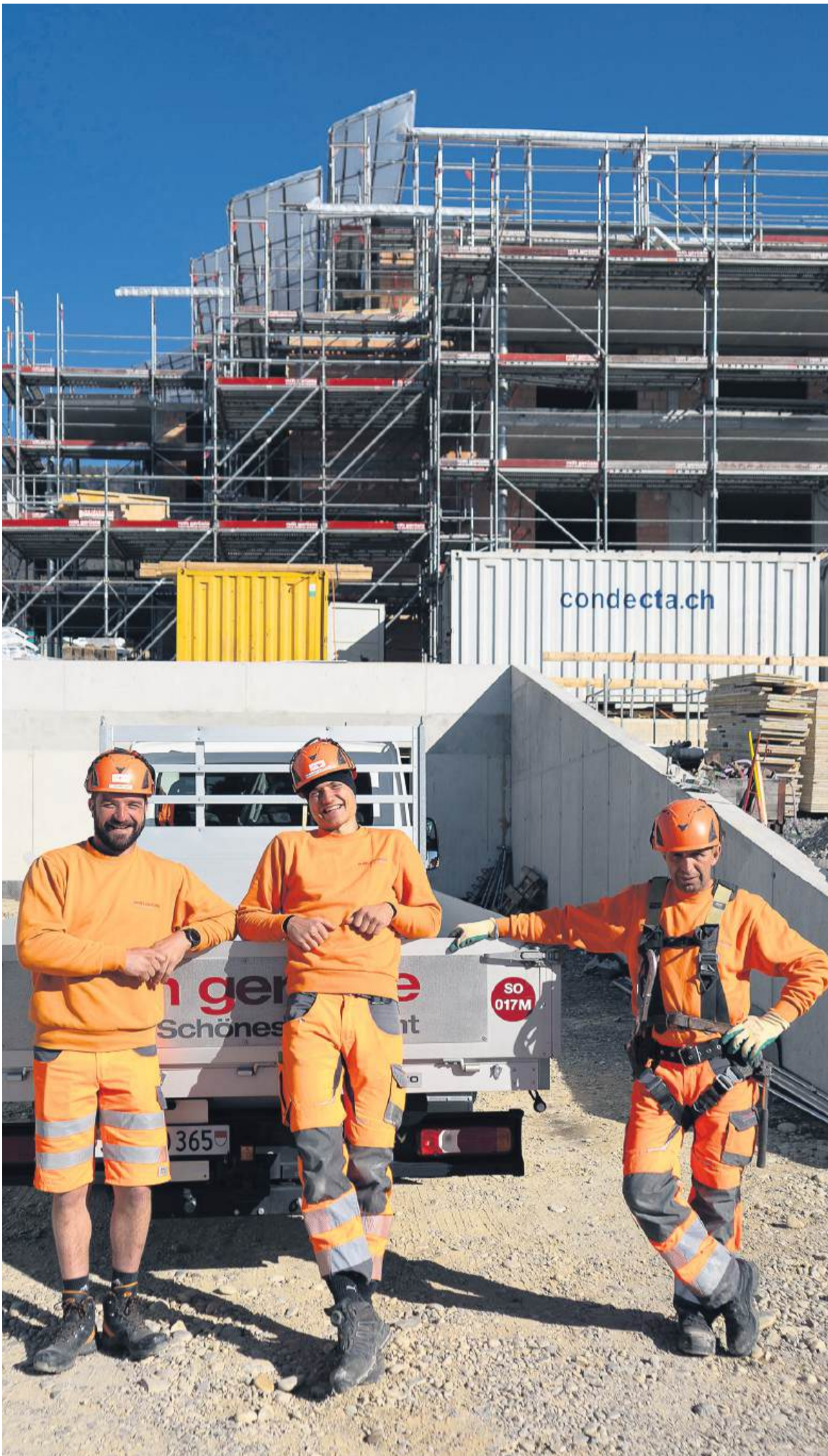
ihrer Zustimmung machen die Arbeitgeber einen Schritt in die richtige Richtung.»

Dank der starken Mobilisierung der Malerinnen und Gipser konnte auch die 6-Tage-Woche erfolgreich abgewehrt werden. Malerin Yelines Hofer, die an den Verhandlungen beteiligt war, sieht jedoch weite-

ren Handlungsbedarf: «Der Fachkräftemangel ist dramatisch, und die Branche ist weiterhin rückständig mit den Löhnen und den Ferien.»

WEITERE VERHANDLUNGEN

Für die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern fordert die Unia neben mehr Lohn und mehr Ferien auch die Abschaffung der unbezahlten Reisezeit und einen Lohnzuschlag für Samstagsarbeit. Zudem wird ein besserer Schutz der älteren Arbeiter und Arbeiterinnen gefordert, sowie ein Mindestlohn und der 13. Monatslohn für Lernende. Hofer sagt: «Die Arbeitgeber sollten bei den Verhandlungen unbedingt weitere Schritte machen, sonst fehlen in der Branche bald noch mehr qualifizierte Leute.»



SO SEHEN ZUFRIEDENE BÜEZER AUS: Die Gerüstbauer Julian Egger, Marvin Forster und Enes Zekjin (v.l.) freuen sich über die bezahlte Znünpause. FOTO: JULIA NEUKOMM

Das gibt's sonst nirgends: Gerüstbauer verdienen jetzt auch beim Käfelen!

Es ist DIE Errungenschaft im neuen Gerüstbau-GAV: Die Znünpause wird neu voll entlohnt und der Arbeitszeit angerechnet. work war mit drei Monteuren in der Beiz.

JONAS KOMPOSCH

Nein, es ist kein Scherz. Sondern seit dem 1. April höchstreal für alle Gerüstmonteurinnen und Gerüstmonteure: Eine viertelstündige Znünpause zählt fortan zur Arbeitszeit und wird entsprechend normal bezahlt – und zwar ohne Verlängerung des Arbeitstags. Damit verkürzt sich die Jahresarbeitszeit der



GENIESST DAS GIPFELI IN DER BEIZ: Unia-Mitglied Julian Egger. FOTO: JUN

schweizweit rund 3500 Gerüstbauenden um immerhin rund 60 Stunden. Und das ohne Lohneinbusse. Also keine Peanuts! Zumal die Gewerkschaften Unia und Syna noch andere Fortschritte durchgesetzt haben. Etwa den obligatorischen Lohnzuschlag von 25 Prozent

Der Durchbruch im Gerüstbau ist eine Schweiz-Premiere.

Die automatische Teuerungsausgleich. Das und mehr garantiert der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der seit dem 1. April in Kraft ist (alle Neuerungen im Detail hier: rebrand.ly/geruestbau).

Die Kirsche auf der Torte ist aber klar die bezahlte Znünpause. Zwar ist es in modernen Betrieben besonders der Dienstleistungsbranche längst normal, dass die Mitarbeitenden für eine kurze morgendliche Pause nicht ausstempeln müssen. Aber ausgerechnet in den körperlich besonders anstrengenden Bau- und Gewerbeberufen ist dies nicht der Fall. Dort ist der Durchbruch im Gerüstbau eine Schweiz-Premiere!

RETRO-CHEFS MUCKEN AUF

Beim Schweizerischen Gerüstbau-Unternehmer-Verband (SGUV) war die Neuerung denn auch heftig umstritten. Noch an seiner Generalversammlung vom 4. April haben dem Vernehmen nach diverse Chefs ihren Unmut kundgetan. Vergebens. Der GAV ist beschlossene Sache.



KAFFEE, SONST KOPFWEH: Enes Zekjin braucht seine Pausen-Routine. FOTO: JUN

Sehr zufrieden sind dagegen die Búezerrinnen und Búezer. Etwa Julian Egger (27), Enes Zekjin (46) und Marvin Forster (21). Die drei arbeiten für die Roth Gerüste AG, den mit Abstand grössten Branchenvertreter (siehe Box). work hat die Kollegen an einem Montagmorgen ins Grenchner Café Krebs begleitet. Ein solcher Restaurantbesuch sei in seinem Team eine seltene Ausnahme, betont Unia-Mitglied Egger. Er begann vor zwölf Jahren als Stift, avancierte später zum Gruppenleiter und absolviert jetzt die Weiterbildung zum Montageleiter. In all diesen Jahren sei eines gleichgeblieben: «Normalerweise machen wir Znüni im Budenauto, denn im Unterschied zu den Maurern haben wir ja keine Pausen-Container.» Das störe ihn aber nicht gross. Im Winter werde im Auto «halt einfach eingeeizt». Nur bei Starkregen, wenn alles durchnässt sei, gehe auch er für sein Schinckengipfeli in die Beiz.

Enes Zekjin hat da andere Gewohnheiten. Der Gruppenälteste geht jeden Morgen kurz irgendwo auf einen Kafi. «Das brauche ich, sonst kommt sofort das Kopfweh!» sagt der Routinier, der sich zum schwarzen Muntermacher jeweils auch einen Glimmstengel gönnt. Ganz anders Marvin Forster. Der Lehrling aus Solothurn verzichtet ganz auf Tabak und meist auch auf Koffein. «Ich bin Sportler», sagt er und zeigt auf einen prallen Beutel voller Gemüse. «Das ist meine normale Tagesration!» Dazu komme Schwarzbrot und Frischkäse. Das vitamin- und proteinreiche Znüni hat seinen Grund: Forster ist Thaiboxer und hängt an jeden Arbeitstag noch ein Intensivtraining. An vielen Wochenenden steigt er zudem in den Ring. Da komme es auf jedes Gramm an. Kalorien seien aber auch gefragt. Im Berufsalltag sowieso. Schliesslich verbaut ein Gerüstmonteur laut Experten täglich bis zu fünf Tonnen Material.

AUCH DIE BEIZEN FREUT'S

Aber was ändert der neue GAV jetzt an der Znünpause der drei Profis? Zumindest ernährungstechnisch wollen Egger, Zekjin und Forster ihren Gewohnheiten treu bleiben. Wo bei Forster zu bedenken gibt, dass gerade äl-



VERPFLEGT SICH MIT GEMÜSE: Gerüstbauer-Lehrling Marvin Forster. FOTO: JUN

tere Kollegen manchmal noch von Zeiten mit üppigen Schlemmereien in der Beiz erzählen. Heute seien Beizenbesuche nicht mehr verbreitet. Wohl auch deshalb, weil die Preise deutlich angezogen hätten. Ob der znüni-freundliche Pionier-GAV am Ende gar das Beizensterben ausbremst? Abwarten! Das Zeichen der Wertschätzung ist jedenfalls angekommen.

Kampf um Fachkräfte: Roth prescht vor

Die Roth Gerüste AG ist mit über 600 Angestellten an 21 Standorten der mit Abstand grösste Player auf dem Schweizer Gerüstbaumarkt. Rund 40 Prozent aller Monteure arbeiten bei der 1958 gegründeten Firma. Doch auch für den Branchenleader ist es kein Leichtes, genügend Fachkräfte zu finden. Zumal viele Jugendliche einen grossen Bogen um die Branche machen. Sabrina Ross ist in der Roth-Geschäftsleitung fürs Personalwesen zuständig. Sie sagt: «Zeitweise fanden wir bloss drei oder vier Lernende pro Jahr.» 2017 habe man sogar gar keinen Lehrvertrag abschliessen können. Doch diese Zeiten seien vorbei. «Im letzten Jahr haben 14 neue Lernende begonnen!» Verantwortlich dafür sei eine Tiktok-Kampagne. Aber nicht nur.

BVG-BONUS. Ross beteuert: «Seit vielen Jahren machen wir Mitarbeiterumfragen und Projekte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.» Dabei seien unter anderem auch die Lernenden-Löhne angehoben und diverse Weiterbildungsprogramme entwickelt worden. Die neu allgemeinverbindliche Samstagzulage richte Roth schon seit 2019 aus. Und seit diesem Jahr übernehme die Firma 60 Prozent der Beiträge an die berufliche Vorsorge (BVG) der Mitarbeitenden. Das sei einmalig in der Branche. Gesetzlich vorgeschrieben sind 50 Prozent. Simon Constantin, der Gerüstbauerantwortliche der Unia, anerkennt diese Leistungen. Er relativiert aber auch: «Roth ist eine seriöse Firma, mit der man konstruktiv verhandeln kann, aber manchmal steht sie bei zentralen Anliegen von uns auf der Vollbremse.» So habe Roth zuletzt vehement gegen eine Mindestgrösse von drei Arbeitern pro Equipe opponiert. Ein solches Minimum fordern die Gewerkschaften, um die Arbeitssicherheit zu erhöhen. (jok)

Verhandlungen um den neuen Landesmantelvertrag beginnen «Die Bauarbeiter werden keine Verschlechterungen akzeptieren»

Der Gesamtarbeitsvertrag für die 80 000 Bauleute ist einer der wichtigsten im Land. Nico Lutz, Leiter des Sektors Bau in der Unia, erklärt, was sich nun verändern muss.



UNIA-MANN NICO LUTZ: Er fordert im Namen der Bauleute mehr Schutz für die Gesundheit und familienfreundlichere Arbeitszeiten. FOTO: MANU FRIEDERICH

NICO LUTZ
Die Bauarbeiter sind stolz auf ihren Beruf. Sie sehen jeden Abend, was sie geleistet haben. Sie bauen die Schweiz. Sie machen aber eine harte und gefährliche Arbeit. Pro Jahr hat fast jeder sechste Bauarbeiter einen Unfall. Das Risiko ist dreimal höher als für alle Arbeitnehmenden in der Schweiz und zwanzigmal höher als bei Angestellten in Banken und Versicherungen.

Eines der Hauptrisiken auf Baustellen ist der steigende Druck. In den vergangenen zehn Jahren wurde mit weniger Bauarbeitern deutlich mehr gebaut. Der Umsatz im Bauhauptgewerbe nahm von 19,1 Milliarden Franken (2015) auf 23,4 Milliarden Franken (2024) zu. Das Baustellenpersonal per Ende Juni nahm im gleichen Zeitraum von 77 063 Personen (2015) auf 75 927 Personen (2024) ab. Der verkaufte Umsatz pro Person stieg um mehr als 20 Prozent an.



Baustelle ist. Wenn die Baufirma einen Bauauftrag annimmt, der am Morgen eine und am Abend wegen Stau zwei Stunden Wegzeit zur Folge hat, dann kann der Bauarbeiter nicht einfach kurz mal sein Familienleben umorganisieren.

Um die Gesundheit zu schützen, fordern die Bauarbeiter, dass bei extremer Hitze die Arbeit unter der prallen Sonne eingestellt wird. Wenn die Temperaturprognose 33 Grad übersteigt, dann sollen die Firmen schwere Arbeiten im Freien und an ungeschatteten Orten beenden.

Die Zahl der Hitzetage hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Es kann nicht sein, dass die Bauarbeiter, die bereits jetzt eine harte und gefährliche Arbeit machen, auch noch die Folgen der Klimaerwärmung ertragen müssen und ihre Gesundheit gefährden.

MINDESTENS DIE TEUERUNG

Eine wichtige Forderung der Bauarbeiter ist zudem, dass ihre Kaufkraft gesichert wird und sie eine Garantie erhalten, dass mindestens die Teuerung ausgeglichen wird. Zu oft haben die Baumeister in den letzten Jahren trotz bester Baukonjunktur eine Lohnerhöhung für alle verweigert.

Die Vertragsverhandlungen 2025 werden alles andere als einfach. In der Vergangenheit forderte der Baumeisterverband immer wieder längere Arbeitstage, mehr Überstunden und tiefere Löhne für ältere Bauarbeiter – das Gegenteil von dem, was die Bauarbeiter brauchen. Die Bauarbeiter konnten in der Vergangenheit Verschlechterungen im Vertrag verhindern und werden auch diesmal keine akzeptieren.



REISEZEIT IST ARBEITSZEIT
Die Bauarbeiter bezahlen dafür einen hohen Preis. Sie haben lange Arbeitstage. Im Sommer beträgt schon die geplante Arbeitszeit meist neun Stunden pro Tag. Wir führten

«Bauarbeiter machen eine harte und gefährliche Arbeit.»

das letzte Jahr eine breite Umfrage darüber durch, was die Bauarbeiter bezüglich Arbeitszeit ändern wollen. Mehr als 10 000 Bauarbeiter beteiligten sich. Die meisten gaben an, dass sie kürzere Arbeitstage wollen. Harte körperliche Arbeit und überlange Arbeitstage – das geht nicht. Darum fordern die Bauarbeiter: Acht Stunden sind genug! Und sie fordern, dass die Reisezeit zur Arbeitszeit zählen muss. Das ist auch verständlich: Die Bauarbeiter können nicht selbst entscheiden, wo ihre

MEHR GELD FÜR DEN SAMSTAG

Die Bauarbeiter fordern zudem, dass die Pause am Morgen bezahlt ist. Die meisten Arbeitnehmenden in anderen Branchen machen am Morgen eine kurze Pause. Und die wenigsten müssen während dieser Zeit ausstempeln. Anders bei den Bauarbeitern. Sie arbeiten bei Wind und Wetter draussen, und die Viertelstunde Znünpause müssen sie dann noch nacharbeiten.

Eine weitere Forderung der Bauarbeiter ist, dass sie selbst darüber entscheiden können, ob sie geleistete Überstunden ausbezahlt erhalten oder zu einem späteren Zeitpunkt mit Freizeit kompensieren können. Die Bauarbeiter verlangen auch, dass Samstagsarbeit bewilligungspflichtig und mit einem höheren Lohnzuschlag belegt werden soll, damit sie effektiv eine Ausnahme bleibt. Wer fünf Tage hintereinander harte körperliche Arbeit auf der Baustelle geleistet hat, der braucht auch eine Pause von zwei Tagen.



– Firmen und Arbeitnehmer –, weil auch alle profitieren. Da aber Gewerkschafts- und Arbeitgeberverbandsmitglieder bereits mit ihren Mitgliedsbeiträgen den GAV und seinen Vollzug mitfinanzieren, werden sie zunächst doppelt belastet. Um dies auszugleichen, erhalten sie in der Mehrheit der Branchen eine Teilerstattung. Von «Querfinanzierung» kann also keine Rede sein.

Das scheint auch die WAK-N zur Kenntnis genommen zu haben. Denn in einer Anhörung von Interessengruppen Ende März äusserte einzig und allein der SBV «Kickback»-Vorwürfe. Und selbst verbandsintern machen nicht alle mit. So finden sich unter den Unterzeichnern des Protestbriefs auch die Westschweizer SBV-Sektionen!

Mit «Kickback»-Polemik ins Abseits: 30 Arbeitgeberverbände kritisieren Baumeisterspitze

Die Gewerkschaften würden Millionenbeträge aus GAV-Töpfen zweckentfremden. Behauptet der Baumeisterverband. Dem widersprechen selbst die Organisationen der Arbeitgeber.

JONAS KOMPOSCH
Dicke Post an die Adresse des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV)! In einem Protestbrief zuhause der nationalrätlichen Wirtschaftskommission (WAK-N) wehrten sich Mitte März fast dreissig nationale und regionale Arbeitgeberverbände gegen eine Polemik des SBV.

Auch die Unia und die Syna unterzeichneten den Brief. Die Polemik, so warnen die Organisationen, sei nichts weniger als ein «Angriff» auf die Gesamtarbeitsverträge und führe dem gesamten sozialpartnerschaftli-

BAUMEISTER OPPONIEREN
Das Märchen, frei nach SBV, geht so: Von allen Bauarbeitern würden Unia und Co. Lohnabzüge «einkassieren» und damit ihre «Mitgliedschafts-Rabattprogramme» querfinanzieren – mit

«Kickback»-Zahlungen an die eigenen Mitglieder. Richtig ist Folgendes: Bei allgemeinverbindlichen GAV wird bei allen Arbeitnehmenden und Firmen ein Berufsbeitrag erhoben. Dieses Geld geht an die paritätischen Kontrollorgane, also an die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die damit den GAV durchsetzen. Zahlen müssen alle

Vorarbeiter Daniel Santos (43) mit klarer Ansage «Das Wochenende und die Familie sind mir heilig!»

Überstundenmarathons, verbreitete Samstagsarbeit und extreme Reisezeiten – damit kämpfen immer mehr Bauarbeiter. Und mit ihnen ihre Familien. Vorarbeiter Daniel Santos warnt vor einem Teufelskreis.

JONAS KOMPOSCH

Daniel Santos ist Baubüezer durch und durch. Bereits mit 16 Jahren ist er in die Branche eingestiegen, direkt nach dem Schulabschluss. Santos kommt aus Galicien, von der rauhen Atlantikküste im spanischen Nordwesten. Eine klassische Maurerlehre gab es dort nicht. Trotzdem lernte er das Handwerk schnell – und fand auch Freude daran. Noch heute sagt der 43jährige mit Überzeugung: «Ich liebe meinen Job!» Und erklärt: «Es ist einfach eine tolle Arbeit, und es macht mich stolz, jeden Abend zu sehen, was wir geleistet haben.» Die harte Bütz müsste aber auch anständig honoriert werden. Das sei in Spanien nicht der Fall gewesen, weshalb er im Jahr 2000 ausgewandert sei – in den Aargau, wo schon seine beiden Brüder lebten. Seither arbeiten die drei Santos alle für die gleiche Firma, die Zubler AG aus Hunzenschwil. Daniel Santos ist dort zum Vorarbeiter aufgestiegen und sagt: «Es ist eine gute Firma, und sie haben mich gern.» Über seine Arbeitsbedingungen könne er sich daher nicht beklagen. Aber wenn er die allgemeine Entwicklung auf dem Bau anschau-

e, dann lösche es ihm fast ab.

TERMINE WIE BETON
«Es ist langsam wirklich verrückt!» sagt Santos mit ernster Miene. «Wir bauen immer schneller, haben aber immer weniger Leute zur Verfügung.» Warum das so ist? Manchmal wollten die Unternehmen schlicht Personalkosten sparen. Aber häufig sei gerade das Gegenteil der Fall. Bloss: Gute Leute fänden die Firmen je länger, je weniger. «Wegen der Arbeitsbedingungen», ist Santos überzeugt. Er gibt ein Beispiel: «Unsere Auftraggeber, die Bauherren, setzen völlig unrealistische Termine und drücken auf die Preise.» Die Baufirmen wiederum machen oft mit in diesem Preiskampf. Die Folge spüre zuletzt, aber dafür am härtesten das Baustellenpersonal. Santos sagt: «Die Termine sind wie Beton.» Selbst wenn das Büro die Pläne nicht pünktlich liefert. Oder wenn der Bodenaushub unerwartet Probleme mache: am Abgabetermin ändere sich eigentlich nie etwas. Entsprechend hoch seien Druck und Stress. Womit auch das Unfallrisiko steige. Zumal manche Firmen am liebsten bei jedem Hundswetter arbeiten lassen würden. Früher habe man bei Schlechtwetter auch mal Pause machen können. Heute werde das kaum mehr toleriert. Und dann die Überstunden. Für viele Kollegen gehörten sie heute zum Alltag – so gar am Samstag. Santos sagt: «Ich kenne viele Bauarbeiter, die kaum noch einen Samstag frei haben.»



Für den Familienvater käme so was nie in Frage. Und als Unia-Mitglied sagt er ganz offen: «Mein Chef weiss haargenau: Wenn ich am Samstag arbeiten muss, dann bin ich weg!» An den Wochenenden hat Santos nämlich anderes vor. Den Samstag reserviert er ganz für seine Töchter (8 und 15), seine Frau und seine Hobbies. Dann wird zusammen gekocht und reichlich aufgetischt. Meeresfrüchte, Chorizo, Tapas... galicische Küche halt. Häufig stossen auch Freunde dazu. Und natürlich seine Brüder mit ihren Familien. «Dann kann schon mal eine ordentliche Fiesta entstehen», strahlt Santos. Sonntags geht's dann dafür sportlich zu: wandern in den Bergen oder biken durch die Wälder des Aargaus. So oder so, Santos betont: «Das Wochenende und die Familie sind mir heilig!» Umso besorgter beobachtet er die aktuellen Entwicklungen. Etwa die Tendenz zu immer weiter entfernten Baustellen. Santos sagt: «Heute werden die Arbeiter von ihren Buden durch die halbe Schweiz geschickt! Das führt zu extremen Reisezeiten, erst recht mit den vielen Staus. Von der Familie habe man da kaum mehr was. Da sei es nur logisch, dass sich diese Arbeit immer weniger Leute antun wollten.

Noch immer zählt der Weg von Bude zu Baustelle nicht als Arbeitszeit.

Was wiederum den Druck auf die bestehenden Belegschaften erhöhe. Ein Teufelskreis! Er verstehe daher nicht, warum der Baumeisterverband noch so verbissen an alten Zöpfen festhalte.

SCHLUSS MIT GRATISARBEIT

Santos meint damit zum Beispiel die Reisezeit-Regelung. Zur Erinnerung: Noch immer zählt die Fahrzeit von Bude zu Baustelle gemäss Landesmantelvertrag (LMV) nicht als Arbeitszeit. Santos rechnet vor, was das in der Praxis bedeutet: «Im Sommer beträgt schon die geplante Arbeitszeit meist neun Stunden, exklusiv Pausen. Dazu kommen eine bis zwei Überstunden. Und dann noch die Reisezeit. Wenn du dann am



Abend nach 13, 14 Stunden endlich zu Hause bist, kannst du direkt ins Bett!» Doch damit nicht genug. Die Reisezeit muss laut LMV nämlich erst ab der 30. Minute bezahlt werden. Wieder rechnet Santos vor: «Das ergibt 2,5 Gratisstunden pro Woche und über 100 Gratisstunden pro Jahr und Mitarbeiter!» Auch damit soll endlich Schluss sein, fordert Santos. Und mit ihm die organisierten Bauleute der Gewerkschaften Unia und Syna. Um ihren Forderungen (siehe rote Buttons) Nachdruck zu verleihen, wird



Für familienfreundliche Arbeitszeiten und mehr Respekt!
Alle an die grosse Bau-Demo nach Zürich!
Samstag, 17. Mai, 12 Uhr, beim Central



BAUBÜEZER DANIEL SANTOS: «Heute werden die Arbeiter von ihren Buden durch die halbe Schweiz geschickt! Das führt zu extremen Reisezeiten. Von der Familie hat man da kaum mehr was.» FOTO: SEVERIN NOWACKI

Essenslieferung ist Gastgewerbe

GENÈVE. Der Essenslieferdienst Smood ist neu dem Landes-Gesamtarbeitsvertrag des Gastgewerbes (L-GAV) unterstellt. Das hat das Arbeitsgericht des Kantons Genève in erster Instanz entschieden. Die Smood-Fahrerinnen und -Fahrer müssen den Mindestlohn des L-GAV erhalten (3706.- für Ungelernte), und es gelten verbindliche Regeln bezüglich Arbeitszeiten. Die Kurierinnen und Kurier werden beispielsweise neu auch während der Fahrpausen im Einsatz bezahlt. Die Gewerkschaft Unia zog den Lieferdienst vor Gericht, weil dieser die Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe missachtete. Mit diesem Urteil führt für Smood kein Weg daran vorbei, sich an den L-GAV zu halten.

Mahnwache gegen Femizide

BERN. In den ersten 13 Wochen des Jahres sind in der Schweiz zwölf Frauen und Mädchen von Männern getötet worden. Mit einer Mahnwache auf dem Bundesplatz forderten 300 Menschen, dass der Bund und die Kantone endlich etwas gegen



MAHNWACHE: Protestierende auf dem Bundesplatz. FOTO: KEYSTONE

die Femizide unternehmen und die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt umsetzen. Es brauche ein Gesetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt sowie umfangreiche Präventions- und Schutzprogramme.

Ausbeutung in der Richemont-Fabrik

FLORENZ. Dreizehn pakistanische Arbeiter forderten bei einem Zulieferbetrieb des Genfer Luxuskonzerns Richemont ihre Rechte ein und wurden deshalb entlassen. Sie schufteten für 3 Euro Stundenlohn bis zu 70 Stunden pro Woche in der Lederwarenproduktion der Richemont-Marke Montblanc. Die NGO Public Eye publiziert Zeugenaussagen, welche die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der italienischen Fabrik schildern. Richemont hat gegen die Gewerkschafter, die den Arbeitskampf unterstützen, eine Klage wegen Verleumdung eingereicht.

Fünf Abstimmungen in Italien

ROM. Die italienische Gewerkschaft CGIL und Unia-Präsidentin Vania Alleva rufen zur Teilnahme und zu einem Ja zu den fünf Referenden, über die in Italien abgestimmt wird, auf. Auch Italienerinnen und Italiener, die in der Schweiz leben, können an der nationalen Abstimmung von Anfang Juni teilnehmen. Vier der fünf Referenden betreffen das Arbeitsrecht und eines die erleichterte Staatsbürgerschaft. Die italienische Staatsbürgerschaft soll man nach fünf und nicht wie bisher nach zehn Jahren beantragen können.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Familienzeit-Initiative lanciert: 18 Wochen für Mütter und Väter



AM ANSCHLAG: Das Leben mit einem Kleinkind kann anstrengend sein. Mit einer Familienzeit könnten Mütter und Väter sich diese Arbeit besser aufteilen. FOTO: CANVA

In Sachen Elternurlaub ist die Schweiz im europäischen Vergleich trauriges Schlusslicht. Dass die Schweiz ein massives Problem mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat, zeigt eine Zahl ganz deutlich: 82 Prozent der nichterwerbstätigen

Die heutige Regelung ist schlicht ungenügend und zementiert die Rolle der Frau als Erzieherin.

Mütter würden gern arbeiten! Eine Initiative will das jetzt ändern, unterstützt von Grünen, SP, GLP, Mitte-Frauen und anderen Organisationen. Die Forderungen: 18 Wochen bezahlter Urlaub für Mütter und für Väter, bei tiefen Einkommen mit 100 Prozent Lohnersatz, finanziert über die EO, wie dies bereits jetzt der Fall ist. Maximal einen Viertel der Familienzeit dürften die Eltern zur gleichen Zeit beziehen, wobei das Gesetz

Ausnahmen vorsehen könnte, insbesondere aus gesundheitlichen Gründen. Gelten würde diese Verfassungsänderung für 10 Jahre.

Die heutige Regelung von 14 Wochen Mutterschaftsurlaub à 80 Prozent Lohn und 2 Wochen für die Väter ist schlicht ungenügend. Und sie zementiert die Rolle der Frau als hauptsächlich Zuständige für die unbezahlte Care-Arbeit. Was sich wiederum negativ auf ihre Erwerbsarbeit und schliesslich auch auf die Frauenrenten auswirkt. Ein gleich langer Urlaub für beide Elternteile hat viele Vorteile: Längerfristig leistet dieser einen Beitrag zu mehr Gleichberechtigung durch den Einbezug der Väter in die unbezahlte Care-Arbeit. Auch die Beziehung des Kindes zum anderen Elternteil wird verbessert.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/elternzeit)
rebrand.ly/elternzeit

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Rechte schwingen Franchise-Hammer

Haben Sie Bluthochdruck, Diabetes oder Asthma? Dann will Ihnen die rechte Mehrheit im Bundeshaus bald noch mehr Geld abknöpfen. Sowohl National- wie Ständerat haben dem Bundesrat den Auftrag erteilt, die Mindestfranchise bei der Krankenkasse zu erhöhen. Und die absolute und absolut ungerechtfertigte SVP/FDP-Mehrheit im Bundesrat übernimmt diesen Auftrag noch so gern. So an 200 Franken hat die Landesregierung schon mal gedacht. Und geht es nach den rechten Plänen, soll der Bundesrat künftig freihändig an der Franchise-Schraube drehen können. All jene, die bei der Krankenkasse die höchste Franchise wählen, zahlen pro Jahr maximal 1540 Franken weniger Prämie. Wenn sie nicht krank werden. Oder wenn sie krank werden und sich nicht in Behandlung begeben. Die höchste Franchise liegt bei 2500 Franken. Das bedeutet: Im Krankheitsfall müssen die Versicherten bis zu 3200 Franken aus dem eigenen Sack bezahlen. Die Schweiz ist bereits heute traurige Spitzenreiterin im Gesundheitswesen bei den Selbstzahlungen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/kk-franchise)
rebrand.ly/kk-franchise

Plattenlegerbosse halten Löhne tief

Die «Goldene Rassel» der Walliser Unia geht jährlich an den Arbeitgeberverband im Kanton, der bei den Lohnverhandlungen am geizigsten war. Und das war dieses Jahr, wie auch schon im Jahr zuvor, der Verband der Walliser Plattenleger-Unternehmungen, kurz VWPU.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/raffel)
rebrand.ly/raffel

Stinkefinger-Politik: Das Netz ärgert sich über SVP und FDP

Die rechte Mehrheit im Bundesrat betreibt eine Politik nach dem Motto: «Ätschbätsch, Volkswille!». work-Autor Clemens Studer hat in einem Video analysiert, wie FDP und SVP in der Landesregierung skrupellos ihre Interessen durchdrücken – auch wenn sie damit den Volkswillen missachten. Das Video löste auf den Social-Media-Kanälen von work eine regelrechte Kommentarwelle aus. Hier eine Kostprobe davon...



@workzeitung

«Sie haben die Mehrheit im Bundesrat und geben trotzdem für alles dem Bundesrat die Schuld.»
Benjamin Rufer via Tiktok

«Ich weiss nicht, wieso so viele Leute Ausländer mehr hassen, als dass sie sich selber gernhaben.»
Sugilite via Tiktok

«Und Rösti denkt noch, dass Trump eine gute Wahl sei.»
Calvin via Instagram

«Die Frage ist, was können wir dagegen tun? Regierungssturz?»
Jsabella Johanna via Instagram

«Die SVP arbeitet nur für die Firmen. Aber Schweizer sehen das nicht.»
Kronon via Tiktok

«Was niemand sagt, sprecht ihr aus. Danke für den tollen Bericht.»
Trance via Instagram

«Nicht repräsentativ für das Volk.»
K via Tiktok



Kaufkraftverlust stresst Schweizer

Für Familien in der Schweiz steht die Gesundheit an dritter Stelle der Themen, die sie am stärksten beschäftigt. Auf Platz eins stehen die Krankenkassenprämien und auf Platz zwei die steigenden Preise. Auf Platz vier die Kosten fürs Wohnen. Das zeigt das neueste «Schweizer Familienbarometer», das von Pro Familia Schweiz und der Pax-Versicherung seit 2023 herausgegeben wird. Die Ergebnisse sind so wenig überraschend wie erschreckend: In einem der reichsten Länder der Welt haben immer mehr Familien am Ende

des Monats leere Konten. Bis weit in die Mittelschicht hinein bleiben keine Reserven. Fast die Hälfte aller Haushalte (47 Prozent) geben an, dass ihr Einkommen nur knapp für das Familienleben ausreicht.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/familienbarometer)
rebrand.ly/familienbarometer

Für das Militär gibt es Milliarden

Zu Hause würgt Emmanuel Macron die Demokratie ab, doch auf der Weltbühne posiert er nun als letzter Führer der freien Welt. Seine Traumrolle.

«Eine neue Ära», sagt er. Frankreich habe sich künftig den Bedürfnissen der «Kriegswirtschaft» unterzuordnen. Darin fühlt er sich Friedrich Merz innig verbunden. Und umgekehrt. Wie kann man sich aus der US-Bevormundung lösen, wenn 64 Prozent des europäischen Kriegsgeräts aus amerikanischen Fabriken stammen, wie etwa die F-35-Kampfflugzeuge? Also hat der CDU-Kanzler die neue «Kriegstüchtigkeit Deutschlands» zu seinem Programm gemacht – und sie in die Verfassung geschrieben.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/ruestung)
rebrand.ly/ruestung



UNIA-MITGLIED THOMAS WÜRGLER: Er hat sich mit seinen Kolleginnen und Kollegen erfolgreich für einen anständigen Sozialplan eingesetzt.
FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Thomas Würgler (37) hat den Chefs von Faulhaber die Stirn geboten **30 000 Franken pro Person erkämpft**

Das Werk schliessen und nur Brösmeli für uns? So nicht, sagten die Arbeiter und Arbeiterinnen in La Chaux-de-Fonds NE. Und setzten sich geschlossen für einen besseren Sozialplan ein. Mit Erfolg.

CHRISTIAN EGG

Es sei eine grosse Erleichterung gewesen, sagt Thomas Würgler. Der 37-jährige ist einer von rund 70 Mitarbeitenden der Industriefirma Faulhaber, die wochenlang für einen Sozialplan kämpften, der diesen Namen auch verdient. Und die ihr Ziel schliesslich erreicht haben: Der definitive Sozialplan umfasst Leistungen von insgesamt 2,2 Millionen Franken. Das sind im Schnitt mehr als 30 000 Franken pro Person.

Bis dahin war es aber ein zäher Weg. Am Anfang stand, so sagt es Unia-Mitglied Würgler, «ein riesiger Schock»: Ende November letzten

«Jetzt bekommen wir ein finanzielles Polster und haben Zeit, eine neue Stelle zu finden.»

MARIA FUSCO, PRODUKTION

geschlossenen. Die Produktion von Mikromotoren will der deutsche Konzern (siehe Box) bis Ende 2025 nach Ungarn verlagern.

SOZIALPLAN? «EIN SCHLECHTER WITZ!»

Und der Sozialplan, mit dem die Firma die Folgen des Kahlschlags abfedern will, ist mickrig. Für die Abgangsentschädigung soll es Punkte geben – etwa für Alter, Kinder, Jahre im Betrieb. Pro Punkt will die Firma 450 Franken springen lassen. Für einige hätte es gerade mal 900 Franken gegeben, so Würgler. Und für die grosse Mehrheit weniger als einen Monatslohn. «Ein schlechter Witz!»

Dass sich die Firma dermassen knausrig zeige, das habe die Mitarbeitenden empört, sagt Würgler. Sie holen sich Unterstützung von der Unia Neuenburg. Es gibt Versammlungen, die

Mitarbeitenden tauschen sich aus. Auch mit Leuten in anderen Faulhaber-Betrieben. Und siehe da: Auch in Deutschland baut der Konzern Stellen ab. Zahlt dort aber viel höhere Entschädigungen. Wer freiwillig geht, erhält 1,2 Monatslöhne – pro Dienstjahr! Nach zehn Jahren im Betrieb gibt's also einen Jahreslohn zusätzlich.

Zusammen mit der Unia arbeitet die Belegschaft jetzt einen eigenen Vorschlag für einen Sozialplan aus. Sein Kern: ein Monatslohn Entschädigung pro Dienstjahr. Doch die Firmenleitung hält an ihrem Punktesystem fest. Sie erhöht ihr Angebot ganz leicht, auf 500 Franken pro Punkt. Für Thomas Würgler und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter ein Schlag ins Gesicht. Der sie, so sagt er, noch mehr zusammenschweisst habe. Um Druck zu machen, kündigen sie Arbeitsniederlegungen an. Würgler: «Das könnte zum Beispiel heissen, wir machen einfach mal zwei Stunden Pause.»

Jetzt werden die Chefs nervös. Denn Faulhaber hat wenige Monate zuvor mehrere grosse Aufträge bekommen. Die werden nicht rechtzeitig fertig, wenn der Betrieb nur reduziert läuft. Würgler sagt: «Das wussten wir natürlich. Und sie haben gemerkt, dass wir bereit sind, ernst zu machen. Da haben sie wohl Angst bekommen.»

ZÜCKERLI? NEIN DANKE

Gleichzeitig geht der Versuch der Firmenleitung, die Leute zu spalten, in die Hose. Sie hatte 16 Mitarbeitenden eine höhere Entschädigung und eine längere Beschäftigung in Aussicht gestellt, wenn sie bei der Verlagerung nach Ungarn mithelfen. Würgler, Verkaufsleiter am Standort La Chaux-de-Fonds, war einer davon. Er grinst breit und sagt: «Alle 16 haben abgelehnt.»

Und es bringt die Wende. Endlich bringen die Chefs nicht nur einen anständigen Sozialplan. Sondern gleich drei. Die Búezerinnen und Búezer stimmen ab, welchen sie wollen. Die Variante, die sich durchsetzt: 0,7 Monatslöhne Entschädigung pro Dienstjahr. Das ist ungefähr zehnmal so viel wie im ersten Vorschlag!

Erleichtert, dass der Druck Wirkung gezeigt hat, ist auch Maria Fusco*, Arbeiterin in der Produktion. Sie hat auf Ende Juni die Kündigung bekommen. Arbeiten kann sie schon

* Name geändert

Faulhaber-Mikromotoren: Im All und im Krieg

Mehr als 2000 Mitarbeitende, verteilt auf Tochterfirmen in 13 Ländern: das ist der Industriekonzern Faulhaber. Er produziert Mini- und Mikromotoren, die kleinsten sind wenige Millimeter gross. Die meisten kommen in medizinischen Geräten zum Einsatz. Etwa in solchen, die PCR-Tests analysieren, wie sie in der Coronapandemie zum Alltag gehörten. Den Hauptsitz hat das Unternehmen in Deutschland. In der Schweiz gibt es künftig noch drei Werke: Bioggio TI, Croglio TI und Grenchen SO.

KAMPFDROHNE. 2018 kamen Faulhaber-Motoren sogar auf dem Mars zum Einsatz. In einem Messgerät, das feinste Erschütterungen feststellte – keine Erd-, sondern Marsbeben. Für unrühmliche Schlagzeilen sorgten die Motoren 2020. Im Krieg um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan wurden die Winzlinge (mit der Gravur «Swiss Made») in einer israelischen Kampfdrohne entdeckt, die offenbar von Aserbaidschan eingesetzt wurde. Es zeigte sich: Der Export nach Israel ist laut Schweizer Gesetz legal. Die WOZ kritisierte: «Unternehmen wie die Faulhaber profitieren von der lockeren Auslegung der Güterkontroll-Listen.» (che)

jetzt nicht mehr. Die Maschinen sind bereits abmontiert, die Mitarbeitenden freigestellt. Das tue weh, sagt sie: «Wir waren stolz auf die Motoren, die wir in La Chaux-de-Fonds hergestellt haben. Jetzt verliert die Region dieses Fachwissen.» 18 Jahre hat sie für Faulhaber gearbeitet und ist damit nicht alleine. Viele seien der Firma seit 10 oder gar 20 Jahren treu gewesen. «Dank unserem Einsatz bekommen wir jetzt ein finanzielles Polster und haben Zeit, eine neue Stelle zu finden.»

Solenn Ochsner von der Unia Neuenburg hat die Belegschaft begleitet und in ihrem Namen den Sozialplan ausgehandelt. Rückblickend sagt sie: «Die Entschlossenheit und Einmütigkeit – das war eindrücklich!»

Auch sie schmerzt es, dass die Stellen und das Know-how verloren gehen. «Aber die Leute von Faulhaber haben gezeigt: Mit Kampfgeist und Geschlossenheit lässt sich viel erreichen.»

Schnäppchen für die Kundschaft, Stress für die Mitarbeitenden **Gestatten, so tickt die Neue**

Die Billig-Ladenkette Action expandiert in die Schweiz. Eine TV-Reportage zeigt: Verkäuferinnen und Verkäufer sind oft am Limit.

CHRISTIAN EGG

Der Verkäufer Thomas muss pressieren. In einer Filiale des Discounters Action soll er die Regale auffüllen. In spätestens 45 Minuten muss er alle Artikel von seinem Wagen einräumen, so hat es das System berechnet. Thomas dokumentiert seine Arbeit mit versteckter Kamera. Denn in Wahrheit ist er Journalist des französischen TV-Senders France 2. Undercover recherchiert er die Arbeitsbedingungen in einer Filiale der Billigkette.

FANS REISEN AN. Jetzt expandiert Action auch in die Schweiz. Am 5. April eröffnete die Kette ihre erste Filiale in Bachenbülach ZH. Der «Blick» berichtete von einem grossen Ansturm. Die Kundschaft sei aus der ganzen Deutschschweiz angereist, aus St. Gallen,



VERSCHWIEGEN: Der Discounter sagt nicht, welche Löhne er in der Schweiz zahlt. FOTO: KEYSTONE

Graubünden, Luzern. Laut «Watson» gebe es bereits «Action-Fans»: Im Video kommen Kundinnen zu Wort, die «immer am ersten Tag» in den Action-Filialen shoppen. In Deutschland, Österreich und Holland.

Action setzt konsequent auf billig. Da gibt es Farbstifte, zwölf Stück für 59 Rappen, Abflussreiniger für 1 Franken 96 oder eine Heckenschere für 21 Franken 95.

SIE WERFEN DIE WARE. Doch wie ist es, bei Action zu arbeiten? Die Reportage von France 2 (Kurzfassung hier: rebrand.ly/action-f2) zeichnet kein positives Bild. Alle Mitarbeitenden tragen ein Headset, damit ihnen jederzeit neue Arbeit zugewiesen werden kann. Einige der Pakete sind schwer, Mitarbeitende ächzen unter dem Gewicht. Eines Morgens erscheint ein Kollege nicht zur Arbeit. Die restlichen müssen nun noch schneller arbeiten. Aufnahmen zeigen, wie die Mitarbeitenden aus Zeitdruck die Schachteln mit den Waren vor die Regale werfen, statt sie einzuräumen.

Der Dauerstress wirkt sich auf die Gesundheit aus.

Der Dauerstress und die körperliche Belastung haben Folgen. In den beiden Filialen, in denen France 2 recherchiert hat, litten laut der Reportage eine Mehrheit der Mitarbeitenden an körperlichen Beschwerden, «sogar die jungen und die sportlichen». Ungenügend erscheint auch der Schutz vor Unfällen. Arbeitshandschuhe gebe es für die ganze Filiale nur ein Paar. Wer zuerst kommt, erhält sie.

Kritik kommt auch von Gewerkschaften in einigen anderen Ländern. In den Niederlanden bestand ein Gesamtarbeitsvertrag zwischen Action und der Gewerkschaft FNV. Doch Ende 2017 wurde er nicht verlängert, weil Action, so die Gewerkschaft, «nicht mehr bereit ist, einen guten neuen Vertrag auszuhandeln». Gar zu einem Streik kam es in Belgien. Am Ende musste Action mit der Gewerkschaft CSC verhandeln. Das Ergebnis freut die Mitarbeitenden: 520 mit Teilzeitvertrag können, wenn sie wollen, ihr Pensum erhöhen. So sinkt die Arbeitsbelastung für alle.

NICHT REAGIERT. Action expandiert rasant: Die Kette mit Sitz in den Niederlanden betreibt schon bald 3000 Läden in 12 Ländern. In der Schweiz sind allein bis Ende Jahr sieben weitere geplant. work hat Action mit der französischen Recherche konfrontiert. Die Kette hat nicht reagiert. Auch nicht auf die Frage, welche Löhne sie in der Schweiz zahlt.

55 Jahre lernen und integrieren Ecap feiert Geburtstag

Vor 55 Jahren wurde die Stiftung Ecap von der italienischen Gewerkschaft CGIL gegründet. Heute ist Ecap das zweitgrösste Erwachsenenbildungsinstitut der Schweiz – mit einem speziellen Angebot für Migrantinnen und Búezer.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Ob Kita mit Sprachförderung, Deutsch- sowie Italienischkationen oder Kurse, um das Schreiben und Lesen zu verbessern: in den Kursräumen von Ecap finden seit 55 Jahren diverse Weiterbildungsmöglichkeiten statt. Die Idee, ein solches Erwachsenenbildungsinstitut in der Schweiz auf die Beine zu stellen, kommt aber nicht aus der Schweiz!

Die italienische Gewerkschaft CGIL gründete 1970 Ecap. Der Grund: Für die vielen italienischen Arbeiterinnen und Arbeiter war das



BILDUNG FÜR ALLE: Ecap trägt mit ihrem Angebot zu einer erfolgreichen Integration bei. FOTO: ECAP

Kursangebot für Deutsch und Französisch begrenzt. Dabei ist klar: sich in der lokalen Sprache zu verständigen ist wichtig. Um Arbeit zu finden, um sich weiterzubilden, um ein soziales Netzwerk aufzubauen, um sich zu integrieren.

«BILDUNG IST EIN GRUNDRECHT» Ende März feierte Ecap das 55-Jahr-Jubiläum in Bern. Das Motto: «Gemeinsam lernen, gemeinsam wachsen». Rund 600 Gäste waren eingeladen, darunter nebst Mitarbeitenden auch Vertreterinnen und Vertreter der Unia. An der Podiumsdiskussion zu den aktuellen Herausforderun-

Sich in der lokalen Sprache zu verständigen, ist wichtig. Um Arbeit zu finden, um sich zu integrieren.

gen in Bildung, Integration und sozialer Gerechtigkeit sprach Unia-Präsidentin Vania Alleva über die Zukunft der Erwachsenenbildung in der Schweiz.

Denn Ecap arbeitet unter dem Grundsatz: «Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger eines Landes. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Vielfalt der Menschen eine Bereicherung für eine Gesellschaft ist.» Jährlich bilden sich über 70 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Institution weiter.

UNIA-MITGLIEDER PROFITIEREN

Nebst der italienischen Gewerkschaft CGIL stiegen im Jahr 1984 auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), die spanische Gewerkschaft Comisiones Obreras und die portugiesische CGTP mit an Bord. Auch die Gewerkschaft Unia ist seit fast 20 Jahren Kooperationspartnerin von Ecap. Gewerkschaftsmitglieder der Unia profitieren von spannenden Kursangeboten. Mehr Informationen dazu sind unter www.ecap.ch zu finden.

Petition mit über 10 000 Unterschriften eingereicht

«Rojda und ihre Tochter müssen bleiben!»

Letzte Woche überreichten solidarische Unia-Mitglieder und die Bürgerinnenbewegung Campax die Petition mit 10 665 Unterschriften an das Migrationsamt Solothurn. Sie fordern, dass Rojda Aslan und ihre elfjährige Tochter in der Schweiz bleiben dürfen.

IWAN SCHAUWECKERS

Die Solidarität mit Gastroarbeiterin Rojda Aslan* (38) und ihrer elfjährigen Tochter Berfin* ist riesig. 10 665 Personen haben die Petition unterzeichnet und fordern vom Migrationsamt Solothurn und der Amtschefin Johanna Schwegler, dass sie Rojda und ihrer Tochter das Aufenthaltsrecht gewähren, damit sie in der Schweiz bleiben dürfen. Solidarische Unia-Mitglieder und die Bürgerinnenbewegung Campax übergaben die Unterschriften Anfang April der Staatskanzlei Solothurn.

Bei der Übergabe der Petition sprachen auch Unia-Migrationsexperte Hilmi Gashi und die Geschäftsleiterin von Campax, Itziar Marañón. Beide sagten, dass die Geschichte von Rojda kein Einzelfall sei und dass es sich dabei

«Ich konnte die tiefe Ungerechtigkeit nicht ignorieren.»

ITZIAR MARAÑÓN, CAMPAX

Itziar Marañón sagte: «Als ich über den Fall von Rojda in der work-Zeitung gelesen habe, konnte ich die tiefe Ungerechtigkeit dieser Situation nicht ignorieren. Rojda und ihre Tochter müssen in der Schweiz bleiben dürfen!» Das Recht auf ein sicheres Leben müsse anerkannt werden.

Hilmi Gashi fragte: «Warum ist es möglich, dass die Sozialhilfe zum Verhängnis wird, in einem Land, das so reich ist?» Die Antwort: «Mit der Veränderung des Ausländergesetzes im Jahr 2019 wurde die Sozialhilfe als Zeichen fehlender Integration gewertet. Das betrifft nicht nur Leute, die einwandern, sondern auch Menschen, die ihr ganzes Leben in der Schweiz verbracht haben.» Auch die elfjährige Tochter

* Namen geändert



GROSSE SOLIDARITÄT: Die Unia und Campax haben beim Solothurner Migrationsamt die Petition eingereicht. Rojda Aslan (vordere Reihe, dritte v.l.) war ebenfalls anwesend. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

von Rojda, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist, muss sich weiterhin vor einer Ausweisung fürchten, obwohl dies mutmasslich auch gegen die Uno-Kinderrechtskonvention verstösst (siehe Interview unten).

DIE BEWEGTE GESCHICHTE VON ROJDA

Nachdem Rojda Aslan sich von ihrem ersten Ehemann in der Türkei getrennt hatte, folgte sie ihrem neuen Verlobten im Jahr 2012 in die Schweiz. «Es war sehr hart», sagt sie heute, «hier kannte ich niemanden, verstand kein Wort und war von meinen Liebsten getrennt.» Aslan heiratet erneut und bringt in Solothurn ihre Tochter Berfin zur Welt. Dann beginnt «es». «Zuerst hat er mich nur beschimpft und beleidigt», erzählt Aslan. Aber bald sei ihr neuer Mann gewalttätig geworden. Immer häufiger, immer brutaler, vier Jahre lang. Sie lebt völlig isoliert. Im Sommer 2017 kommt es fast zum Äussersten. Doch Aslan gelingt die Flucht ins Frauenhaus (work berichtete: rebrand.ly/fall-rojda).

Sie lässt sich scheiden, bemüht sich um Jobs, findet sie in Imbiss- und Reinigungsbuden, stockt bald auf ein 70-Prozent-Pensum auf. Aslan besucht täglich einen Deutschkurs und kümmert sich um die traumatisierte Ber-

fin. Mit ihrem Exmann regelt sie die Besuchszeiten für die gemeinsame Tochter. Bis heute pflegt Berfin eine enge Beziehung zu ihrem Vater. Damit könnte die Geschichte enden. Doch das Migrationsamt des Kantons Solothurn wittert nach der Scheidung eine Chance.

MIGRATIONSAMT: «KEIN HÄRTEFALL»

Kurz nach ihrem Aufenthalt im Frauenhaus muss Aslan eine Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis) beantragen. Doch der Kanton lehnt ab. Aslan wird aufgefordert, die Schweiz zu verlassen. Ihre Tochter, obwohl im Besitz einer Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis), habe sie mitzunehmen. Der Kanton anerkennt nicht, dass Aslan aus einer Ehe voller Gewalt geflüchtet ist. Aktenkundig sei nämlich «nur» die Gewalttat kurz vor ihrer Flucht. Zwar möge ihre Ehe «nicht einfach» gewesen sein, doch ein Härtefall sei nicht zu erkennen. Zudem sei sie «nicht ansatzweise» genug integriert. Begründet wird dies mit «selbstverschuldeten» Sozialhilfekosten. Und weil eine Besserung bei ihrem gegenwärtigen Gastrolohn «nicht realistisch» sei. Eine Rückkehr in die Türkei aber sei zumutbar. All das beschied ihr der Kanton Solothurn am 8. März 2023, dem Internationalen Frauentag.

Rojda-Anwalt Sven Kury: «Das Verfahren könnte mehrere Jahre dauern»

work: Als Sie den negativen Entscheid des Bundesgerichts gelesen hatten, sagten Sie, dass Sie schockiert gewesen seien. Weshalb?

Sven Kury: Obwohl die Schweiz verpflichtet ist, das übergeordnete Kindesinteresse im Rahmen der Entscheidungsfindung vorrangig zu berücksichtigen, haben die schweizerischen Behörden und Gerichte bis hin zum Bundesgericht ausgeblendet, was die Wegweisung meiner Mandantin für ihre heute elfjährige Tochter bedeutet. Diese ist im Kanton Solothurn geboren und aufgewachsen. Sie hat eine Niederlassungsbewilligung C – mithin den stärksten Aufenthaltsstatus vor der Einbürgerung – und kennt nichts anderes als die Schweiz, wo sie sich zu Hause fühlt, aber ohne ihre Mutter nicht bleiben kann. Die Abschiebung in die Türkei käme einer völligen Entwurzelung gleich. Auch der Kontakt zu ihrem Vater, einem anerkannten Flüchtling aus der Türkei, könnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Dass man all dies in Kauf

nehmen will, weil meine Mandantin mit ihrem 70-Prozent-Pensum nicht in der Lage ist, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen, empfinde ich als krass unverhältnismässig. Erst recht, wenn man sich vor Augen führt, dass sie in der Ehe unter massiver häuslicher Gewalt gelitten hat und sich erst nach der Flucht ins Frauenhaus integrieren konnte.

Wie muss man sich ein Verfahren vor dem Uno-Kinderrechtsausschuss vorstellen?

Seit die Schweiz am 24. April 2017 das dritte Fakultativprotokoll der Uno-Kinderrechtskonvention ratifiziert hat, besteht die Möglichkeit, mittels einer Individualbeschwerde an den Kinderrechtsausschuss zu gelangen, um eine Verletzung der Kinderrechtskonvention geltend zu machen. Der Ausschuss ist aber keine nationale Rechtsmittelinstanz wie etwa das Bundesgericht, sondern ein internationales Kontrollorgan, das überwacht, ob die Schweiz ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt. Artikel 3 der Kin-



KRITISIERT DIE BEHÖRDEN: Anwalt Sven Kury. FOTO: ZVG / PASCALE WEBER

derrechtskonvention verpflichtet die Schweiz etwa, bei allen Massnahmen, die Kinder betreffen, das übergeordnete Kindesinteresse vorrangig zu berücksichtigen. Dass dies vorliegend getan wurde, ist meines Erachtens offensichtlich nicht der Fall.

Wann kann mit einem Entscheid des Ausschusses gerechnet werden?

Nachdem das Bundesgericht die Wegweisung meiner Mandantin als rechtmässig qualifiziert hatte, gelangten wir Ende letzten Jahres an den Kinderrechtsausschuss. Ich legte dabei ausführlich dar, was die Wegweisung für die Tochter be-

«Die Abschiebung käme einer völligen Entwurzelung gleich.»

deuten würde. Der Ausschuss kam in der Folge zum Schluss, dass bei einer sofortigen Abschiebung in die Türkei dem Mädchen ein nicht wiedergutzumachender Schaden drohe. Er wies die Schweiz daher an, den Vollzug der Wegweisung von Mutter und Tochter bis auf weiteres zu suspendieren, was die Schweiz in der Zwischenzeit auch getan hat. Wann konkret mit einem Entscheid gerechnet werden kann, lässt sich nicht voraussagen. Erfahrungsgemäss könnte das Verfahren bis zu einem definitiven Entscheid mehrere Jahre dauern.

Das Interview ist beim Unia-Magazin «Horizonte» erschienen.

SGB-Chefökonom Daniel Lampart über die US-Zollamokade

«Gute Löhne sind die beste Industriepolitik»



ÖKONOM DANIEL LAMPART: «Ein grosser Teil der Schweizer Exporte wird gar nicht von Zöllen erfasst oder nur minimal.» FOTO: YOSHIKO KUSANO

US-Präsident Donald Trump überzieht die Welt mit Zöllen. Die Börsen beben, und die Folgen für die Weltwirtschaft sind unabsehbar. work wollte von SGB-Chefökonom Daniel Lampart wissen, was auf die Lohnabhängigen in der Schweiz zukommt.

CLEMENS STUDER

work: Daniel Lampart, die Welt steht kopf, seit Donald Trump die Welt mit Zöllen überzieht. Und die Schweiz steht besonders kopf, weil sie sogar noch höhere Tarife angedroht bekommen hat als die EU. Was bedeutet das für die Lohnabhängigen in der Schweiz?

Daniel Lampart: Gut ist es sicher nicht. Für gewisse Branchen wird es schwieriger. Aber die aktuelle Berichterstattung und teilweise auch die Analysen sind oft sehr pessimistisch.

Zu pessimistisch?

Ein grosser Teil der Schweizer Exporte wird – Stand jetzt* – gar nicht von Zöllen erfasst oder nur minimal. Zum Beispiel die Pharma. Es ist ja nicht das erste Mal, dass eine Trump-Regierung an der Zoll-Schraube dreht. Bereits 2018 wurden Importe aus China stark belastet. Von damals wissen wir, dass die Exportzölle nicht von den chinesischen Firmen bezahlt wurden, sondern von den US-Konsumierenden und vom US-Detailhandel – über höhere Preise und geringere Margen.

Was lesen Sie daraus ab für die Schweizer Exporteure und die Menschen, die für sie arbeiten?

Die Schweizer Exporteure haben sicher eine bessere Marktstellung als die chinesischen Firmen, die vor allem Billigprodukte in die USA exportierten. Darum gehe ich davon aus, dass ein grosser Teil dieser Zölle – so sie dann überhaupt kommen und in der jetzt verkündeten Form – weitergegeben werden kann. Das ist negativ für die Bevölkerung in den USA und wird sicher die weltweite Nachfrage etwas abschwächen, aber: für die Arbeitnehmenden in der Schweiz ist es bei weitem nicht das grösste Problem der letzten 20 Jahre. Dieser Zoll-Rundumschlag von Trump ist vor allem ein Problem der Menschen in den

USA. Kurz: die US-Zollpolitik unter Trump schadet der eigenen Bevölkerung.

In diesem Sinn kann man sagen, hat der Bundesrat gut reagiert, indem er praktisch nicht reagiert hat?

Für ein kleines Land, das stark darauf angewiesen ist, dass es die Produkte in der ganzen Welt verkaufen kann, ist es nicht gut, wenn der Handel eingeschränkt wird. So gesehen muss die Schweiz mit allen Ländern und Regionen kooperieren. Aber natürlich ganz besonders mit demokratischen und sozialen Ländern und Regionen, konkret zum Beispiel mit der EU und Kanada, die wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken.

Und Trump rechts liegenlassen?

Mit diesem Narzissten wird man leider trotzdem reden müssen, weil die USA für gewisse Branchen halt ein bedeutender Absatzmarkt sind. So sehr es einen auch ekeln mag, mit dieser Regierung zu verhandeln, die sich über demokratische Grundsätze, über Soziales und über überhaupt alle Regeln des zivilisierten Zusammenlebens quasi diktatorisch einfach so hinwegsetzt.

«Mit dem Narzissten wird man leider reden müssen.»

Die Bundesratsmehrheit und Wirtschaftsverbände sind ja einerseits erschrocken über und andererseits sehr fasziniert vom «Deal-maker Trump» und möchten mitdealen. Ich vermute, dass man in nächster Zeit damit nicht gross weiterkommt.

Weil die bürgerliche Parlamentsmehrheit die Industriezölle als marktradikale Musterschülerin bereits vollständig abgeschafft hat?

Zum Beispiel. Wir haben immer gesagt, das sei ein dummer taktischer Fehler, weil wir diese Industriezölle noch irgendwann zum Verhandeln brauchen würden. Allerdings hätte ich nicht gedacht, dass es so schnell so akut wird. Die Arbeitgeberverbände und die bürgerlichen Parteien haben diese Zollabschaffung als sehr bedeutendes wirtschaftspolitisches Manöver präsentiert und das Blaue vom Himmel versprochen, wie das ganze Land das wirtschaftlich positiv spüren werde. Doch nach der Abschaffung war nichts zu spüren. Die einzige Auswirkung ist, dass dem Bund Einnahmen fehlen. Das zeigt allerdings auch, dass man die Bedeutung von Zöllen nicht übertreiben sollte.

Was ist wichtiger für die Arbeitnehmenden in der Schweiz?

Eindeutig der Schweizer Franken. Der hat sich leider aufgewertet in den letzten Tagen. Es ist völlig klar, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) dafür sorgen muss, dass wir einen fairen Wechselkurs haben. Das heisst: eher abwerten statt aufwerten. Neben der Verlängerung der Kurzarbeit ist diese Massnahme sicher zentral. Und dann muss der Bundesrat halt schauen, ob mit dieser US-Regierung eine vernünftige Verständigung überhaupt möglich ist.

Aus Arbeitgeberverbänden und bürgerlichen Parteien ertönt jetzt der Ruf, als Reaktion auf Trump die Steuern zu senken und weiter zu deregulieren. Oder gar die Einführung der 13. AHV-Rente zu verschieben.

Das ist natürlich Unsinn. Die beste Industrie- und Wirtschaftspolitik ist eine, die in die Arbeitnehmenden investiert. Alle Massnahmen, die die Situation der Arbeitnehmenden verschlechtern, sind dabei nicht zielführend. Was wir brauchen, sind gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildungen. Das ist nichts Neues, aber es gilt weiterhin – mit oder ohne Trump.

Apropos gute Löhne. Neben vielem anderen wirft Trump den anderen Industriestaaten vor, die Löhne ihrer Arbeitenden niedrig zu halten, um zu tieferen Preisen in die USA exportieren zu können.

Eine interessante These. Tatsächlich gibt es bei der Weitergabe der Produktivitätsgewinne an die Arbeitnehmenden, also den Löhnen, Handlungsbedarf. Wobei der in den USA grösser ist als in der Schweiz. Beispielsweise sind die Reallöhne in der US-Autoindustrie heute 20 Prozent tiefer als vor 20 Jahren. Aber auch in der Schweiz ist die Situation zunehmend besorgniserregend. Die Reallöhne in der Maschinenindustrie zum Beispiel stagnieren seit Jahren. Die Branche hat immer mehr Mühe, gute Leute zu finden. Noch ist es nicht so schlimm wie in den USA. Aber auch bei uns sind die Löhne eindeutig zu wenig stark gestiegen. Das haben wir immer gesagt. Da muss es aufwärtsgehen.

Wie geht es weiter?

Voraussagen sind bekanntlich immer schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen. Und ganz besonders bei der Trump-Regierung, deren Handlungen nicht wirklich stringent sind. Klar ist, dass Trump in den USA aktuell einen grossen Wirtschaftsschaden anrichtet. Das ist selten erfolversprechend in kapitalistischen Marktwirtschaften. Ich gehe schon davon aus, dass sie zurückrudern müssen.

* Das Interview wurde am 8. April geführt; eine längere Fassung lesen Sie auf www.workzeitung.ch



Laura und der Kampfgeist

Häufiger Personalwechsel ist im Verkauf üblich. Die Gründe für die Kündigungen sind bei uns meist der niedrige Lohn, die langen Arbeitszeiten und der Stress. Eine Zeitlang war es bei uns im Laden, was das angeht, ziemlich ruhig, und wir waren ein eingespieltes Team. Die Abgänge in den letzten Wochen gingen mir



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

sehr nahe, weil ich mich mit den «alten» Gspönl angefreundet habe.

AKTIVISMUS. Jetzt sind neue Leute im Team, und ich finde das spannend. Es ergeben sich interessante Gespräche, und für mich öffnet sich immer wieder eine neue Welt, neue Geschichten. Und andersherum auch. Ein neues Gspönl fragte mich letztes, ob ich in der Gewerkschaft sei, weil an diesem Tag die Unia im Laden war und informierte.

Und da wick die Verwirrung einem Staunen.

Ich antwortete voller Überzeugung: «Ja, klar bin ich dabei!» «Und was bringt dir das?» war die nächste Frage, wenig enthusiastisch. «Aktivismus!» sagte ich noch überzeugter. Die Verwirrung war greifbar, und ich erzählte, während ich die Joghurts einräumte, über meine Erfahrungen mit der Unia, den Menschen, die ich kennengelernt habe, und unsere Erfolge, wie zum Beispiel die Lohnerhöhung. Und über Schulungen, die ich besucht habe, das gewerkschaftliche und politische Wissen, das ich mir durch die Unia angeeignet habe. Und natürlich über den Feminismus, der mich gepackt hat. Die Verwirrung wich einem Staunen. Damit hatte sie nicht gerechnet.

UNKENNTNIS. Ich hätte noch stundenlang erzählen können, aber eine Menge Joghurts warteten. Nach diesem Gespräch sinnierte ich während des Einräumens vor mich hin, wie schade das ist, dass so viele Menschen um mich herum die Gewerkschaft in einem schlechten Licht sehen. Als Superfeindin des Unternehmers, die nichts macht und allen schadet. Noch schlimmer finde ich, dass wir die Probleme innerhalb des Unternehmens einfach so hinnehmen. Dabei könnten wir alle gemeinsam dagegensteuern. Aber das habe ich auch jahrelang nicht getan. Warum? Meist aus Angst vor der Kündigung. Das war grundlos: Ich bin noch da. Oder aus Angst davor, was andere von mir denken könnten. Das ist mir heute egal. Und auch aus Unkenntnis. Ich hatte keine Ahnung, was eine Gewerkschaft tut, wie viel Arbeit und Kampfgeist dahintersteckt. So wie ich mich mit diesem Kampfgeist angesteckt habe, hoffe ich, dass weitere sich in meinem Umfeld anstecken lassen. Damit die neuen Gspönl auch länger bleiben.

EUropa
Regula Rytz

Green Deal Grüne Wende trotzt Trumpismus

Der Wiederaufbau von Westeuropa nach 1945 war eng mit der Gründung der «Montanunion» verknüpft. Diese überstaatliche Organisation sollte die kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl kontrollieren. Und zusätzlich den Wettbewerb zwischen den nationalen Schwerindustrien in geordnete Bahnen lenken. Dazu wurden Zölle abge-



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen «Denknetzes».

schaftt und verbindliche Marktregeln festgelegt. Sie reichten von nationalen Subventions- und Kartellverboten bis zur Steuerung der Produktionsmengen im Falle von «manifesten Krisen».

KLIMASOZIALFONDS. Diese Mischung von marktliberalen und interventionistischen Rezepten prägt die europäische Wirtschaftspolitik bis heute. Das jüngste Beispiel ist der europäische Green Deal. Unter dem Druck der Klimabewegung hatten die Räte beschlossen, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Dabei blieb es für einmal nicht bei billigen Sonntagsreden. Trotz knallharter Gegenwehr der globalen Öl- und Auto-lobby hat die EU das Emissionshandelssystem (und damit den CO₂-Preis) verschärft, einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien

Der Green Deal ist nicht vom Tisch.

beschlossen, ab 2035 die Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennermotoren verboten und die Förderung der Kreislaufwirtschaft durchgesetzt. Regionale und soziale Härten wollten die Räte mit dem «Fonds für einen gerechten Übergang» und einem «Klimasozialfonds» abfedern. Rund eine Billion Euro war für das Gesamtpaket vorgesehen. Etwa die Hälfte davon aus den öffentlichen Haushalten finanziert.

AKTIONSPLAN. So schön, so gut. Doch nach dem Rechtsrutsch bei den europäischen Wahlen 2024 sind Teile des Green Deals in Gefahr. Bereits beschlossene Gesetze werden abgeschwächt oder hinausgezögert. So zum Beispiel der Ausstieg aus dem Verbrennermotor. Auch finanziell hat die EU neue Prioritäten. Als Antwort auf narzisstische Tyrannen in Ost und West stocken die europäischen Länder (unkoordiniert) ihre Militärbudgets auf. Umso bemerkenswerter ist es, dass die neue EU-Kommission das Ziel eines grünen Umbaus doch nicht ganz aufgegeben hat. Ende Februar 2025 hat die Kommission einen neuen Deal für eine saubere und wettbewerbsfähige Industrie vorgestellt. Dazu gehört auch ein Aktionsplan für die Stahl- und Metallindustrie. Ähnlich wie damals mit der «Montanunion» soll die Selbstversorgung Europas mit strategisch wichtigen Rohstoffen gesichert werden. Diesmal allerdings nicht auf der Basis von Kohle. Sondern mit erneuerbaren Energien und mit der Kreislaufwirtschaft verknüpft.

INDUSTRIEPOLITIK. Und die Schweiz? Als Zulieferer der europäischen Autoindustrie sind auch die Schweizer Stahlwerke in der Krise. Das Parlament hat deshalb im Dezember die Verbilligung der Stromkosten für Stahl- und Aluminiumfirmen beschlossen. Dieser Hauch von Industriepolitik kommt nicht annähernd an die staatlichen Rettungsschirme für UBS oder Credit Suisse heran. Trotzdem wird er von Economiesuisse & Co. als grösster Sündenfall seit Evas Apfel beklagt. Dabei zeigt der Blick nach Europa klar: In Krisenzeiten – ob durch Autokraten oder durch Umweltschäden ausgelöst – ist eine kluge Industriepolitik die bessere Antwort als Marktideologie. Der Green Deal ist deshalb noch nicht vom Tisch.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.

Darauf verständigen sich Gewerkschaften und Arbeitgeber Bewegung beim Lohnschutz – aber noch muss einiges gehen

Die Bilateralen III gefährden Lohnschutz und Service public. Die Gewerkschaften verlangen innenpolitische Absicherungen. Jetzt bewegen sich Bundesrat und Arbeitgeber. Doch der Weg bleibt steinig und lang. Und die Gewerkschaften wachsam.

CLEMENS STUDER

Der Bundesrat erklärte die Verhandlungen mit der EU am 20. Dezember 2024 für abgeschlossen. Und die Verhandlungsziele für erreicht. Das sehen die Gewerkschaften aus guten Gründen anders. Die bis jetzt zur Verfügung stehenden Informationen zeigen, dass Lohnschutz und Service public mit dem neuen Abkommen in Gefahr sind.

Die Haltung der Gewerkschaften ist seit Jahren klar und konzis: «Der SGB unterstützt den bilateralen Weg, wenn die Löhne und der Service public gesichert sind.»

Die Personenfreizügigkeit mit wirksamen flankierenden Massnahmen ist eine gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte, auch weil sie das Ende des unmenschlichen Saison-

«Jetzt braucht es konkrete Gesetzesänderungen.»

UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA

nierstatuts brachte. Lohnschutz und Personenfreizügigkeit statt Diskriminierung und sinnlose Schutzklauseln sind im Interesse der Arbeitnehmenden in der Schweiz. Auch für die Arbeitsplätze und die Löhne sind gute und geregelte wirtschaftliche Beziehungen mit der EU wichtig.

«GEMEINSAME VERSTÄNDIGUNG»

Seit dem Dezember 2022 – die Verhandlungen mit der EU liefen noch – haben sich Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Kantone zu insgesamt über 60 Gesprächen getroffen. Eingeladen hat der Bundesrat. Das Ziel: «Allfällige Schwächungen des Lohnschutzes und des Service public bei einem Abkommen mit der EU innenpolitisch zu korrigieren.»

Lange lehnten die Arbeitgeberverbände alle vernünftigen Regelungen ab. Jetzt scheinen sie sich zu bewegen. Zumindest ein bisschen und immerhin in die richtige Richtung:



JA ZUM BILATERALEN WEG, ABER: Beim Abkommen mit der EU kommt für die Gewerkschaften der Lohnschutz zu kurz und muss mit innenpolitischen Massnahmen kompensiert werden. FOTO: KEYSTONE

Am 17. Februar einigten sich Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Kantone unter der Leitung von Wirtschaftsminister Guy Parmelin auf eine «gemeinsame Verständigung» über inländische Massnahmen zur Absicherung des Lohnschutzes. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 19. Februar von dieser Kenntnis genommen und schlägt auf Grundlage der Gespräche weitere Massnahmen vor.

DARÜBER WIRD GEREDET

Der Lohnschutz wird im vom Bundesrat als fertig verhandelt bezeichneten Vertragswerk – im Vergleich zum Status quo – geschwächt. Um dies zu kompensieren, sind innenpolitische Massnahmen nötig. Und zwar:

- Massnahmen, die Zugeständnisse an die EU (beispielsweise die Verkürzung der Voranmeldefrist) direkt kompensieren;
- Massnahmen, mit denen die negativen Auswirkungen der geschwächten Dienstleistungssperre kompensiert werden;
- Massnahmen, die nötig sind, weil ausserpolitisch keine Ausnahme erzielt werden konnte. Hier geht es zum Beispiel ganz konkret um die Übernahme der EU-Spesenrege-

lung. Das Faktenblatt des Bundes zu den zu besprechenden Massnahmen ist unter dem Link rebrand.ly/faktenblatt nachzulesen.

DAS SAGEN DIE GEWERKSCHAFTEN

Für den Gewerkschaftsbund sind die Beschlüsse des Bundesrats ein erster, wichtiger Schritt. Doch der SGB stellt gleichzeitig klar: «Die entscheidende Phase steht noch bevor. Das Ergebnis muss einen wirksamen autonomen Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen garantieren.» Neben dem Lohnschutz hält der SGB daran fest, dass der Service public beim Strom und bei der Bahn gewährleistet sein muss.

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt zum aktuellen Stand der Dinge: «Es scheint eine Bereitschaft zu geben, die Rückschritte beim Lohnschutz mit innenpolitischen Massnahmen kompensieren zu wollen. Diese müssen jetzt aber konkretisiert und auch in Gesetzesänderungen festgelegt werden. Es gibt noch einige offene Fragen, die geklärt werden müssen. Die Unia wird erst nach den definitiven Beschlüssen des Bundesrats und des Parlaments das ganze Paket abschliessend beurteilen und dann ihre Position festlegen.»

Kommission lehnt unsozialen Finanzierungsvorschlag ab Erste Anzeichen von AHV-Vernunft bei Bürgerlichen im Ständerat

Die SVP/FDP-Mehrheit im Bundesrat will die 13. AHV-Rente aus Rache am Volk so unsozial wie irgend möglich finanzieren. Jetzt wehren sich selbst Bürgerliche.

CLEMENS STUDER

Vor einem guten Jahr sagte das Volk überwältigend deutlich Ja zu einer 13. AHV-Rente. Das war für die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeberverbände eine empfindliche Niederlage. Etliche ihrer Vertreterinnen und Vertreter haben sie noch immer nicht verdaut. Darum schmieden sie Rachepläne. Einer davon ist der Vorschlag des Bundesrates zur Finanzierung der 13. Rente. Die SVP/FDP-Viererbande unter Führung von Finanzministerin Karin Keller-Sutter schlägt die unsozialste aller möglichen Varianten vor: ausschliessliche Finanzierung über eine Mehrwertsteuererhöhung und gleichzeitig den Bun-



AUF RACHEFELDZUG: Finanzministerin Keller-Sutter will den AHV-Dreizehnten so finanzieren, dass es die Schwachen schmerzt. FOTO: KEYSTONE

desbeitrag an die AHV kürzen. Das würde bedeuten: Kleine und mittlere Haushalte würden über Gebühr belastet, während Abzocker-Manager und Dividenden-Kassierinnen entlastet würden.

VERTRETBARES MODELL. Die Gewerkschaften haben diesen Plan heftig kritisiert. Und jetzt scheint es selbst der Mehrheit

der grösstenteils bürgerlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) geschmeich geworden zu sein. Sie schlägt jetzt ein eigenes Modell vor: Die Lohnbeiträge werden um 0,4 Prozent erhöht und die Mehrwertsteuer um 0,5 Prozent. Der Bundesbeitrag von 20,2 Prozent bleibt, wie er ist. Das ist besonders wichtig, weil sich die Unternehmen, das

Aktionariat und der Finanzsektor nur über den Bundesbeitrag an der Finanzierung der AHV beteiligen.

Die leicht höheren Lohnbeiträge werden die Menschen

Die Viererbande aus SVP und FDP will die unsozialste Variante.

kaum merken. Denn diese sind in den vergangenen Jahren gesunken (work berichtete: rebrand.ly/sozialbeitraege).

Der Vorschlag der Kommission kommt jetzt dann ins Plenum. Dort wird sich zeigen, ob auch die Mehrheit der Ständerätinnen und Ständeräte eine solide und möglichst solidarische und kaufkraftschonende AHV-Finanzierung will. Oder ob wieder jene Sozialabbauer aus SVP und FDP die Oberhand gewinnen, die aus Rache für das Volks-Ja zum AHV-Dreizehnten die AHV Stück für Stück ausbluten lassen wollen.



WO, WO, WONIGE: Am Samstag haben sich in Zürich Tausende junge Menschen, aber auch Familien und Rentnerinnen zur Wohndemo versammelt. Sie kritisieren die riesigen Renditen, die Immo-Konzerne und Pensionskassen mit den Mieterinnen und Mietern in der Schweiz erzielen, und verlangen bezahlbaren Wohnraum für alle. FOTOS: KEYSTONE

Mieten explodieren wie seit Jahrzehnten nicht mehr

Der nackte Wohnsinn

Menschenwürdig wohnen wird in der Schweiz definitiv zum Luxus. Bis weit in die Mittelschicht hinein sind die Wohnkosten ein Armutsrisiko. Dabei würde das Gesetz dies verhindern.

CLEMENS STUDER

«Legal, illegal, scheissegal» – was ab den 1980er Jahren an besetzten Häusern stand, ist längst zum unausgesprochenen Motto der Immobilienkonzerne geworden. 2024 sind die Mieten durchschnittlich um 4,5 Prozent

Die Schweiz ist ein Paradies für Investoren.

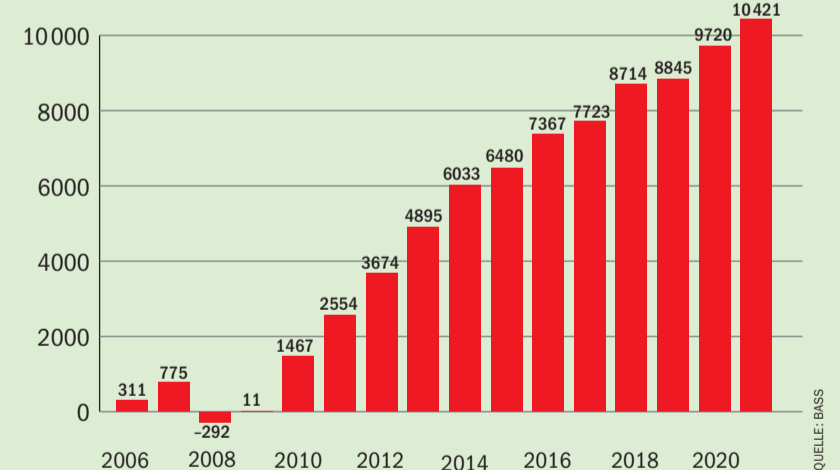
gestiegen, in Ballungszentren bis um 9 Prozent. Besonders die «Angebotsmieten», also jene für Wohnungen, die neu vermietet werden, steigen massiv. Die Verrücktheiten in diesen Zahlen sind nicht ausschliesslich die Höhe und die Steigerungsraten. Die grösste Verrücktheit ist, dass es «eigentlich» in der Schweiz keine Marktmiete gibt. Und zwar gesetzlich festgehalten.

DER STAAT TUT NICHTS

Mietzinse sind missbräuchlich, wenn damit ein zu hoher Ertrag aus einer Mietwohnung erzielt wird oder wenn sie auf einem offensichtlich zu hohen Kaufpreis beruhen. Das Bundesge-

So viel kassieren die Miet-Haie zu viel!

Entwicklung der jährlichen Umverteilung in Mio. Fr. zwischen Mieterinnen und Vermietern zwischen 2006 und 2021 (Ausgangsbasis 2005)



richt legt fest, was als zu hohe Miete gilt. Basierend auf dem aktuellen Referenzzinssatz von 1,5 Prozent, liegt die gesetzlich zulässige Nettorendite des Mietzinses von Wohn- und Geschäftsräumen aktuell bei 3,5 Prozent. Bevor eine ausschliesslich mit Rechtsbürgerlichen und Bürgerlichen besetzte Bundesgerichtskammer im Oktober 2020 den Immo-Haien einen Extrahappen-Profit zuwarf, wären es nur 2 Prozent gewesen.

Tatsächlich machen Hausbesitzerinnen zum Teil sogar zweistellige Renditen. Möglich machen das einerseits schwammige Begriffe für Ausnahmen von der Kostenmiete mit gedeckeltem Profit: «Ortsüblichkeit» ist einer davon (siehe Box). Andererseits kontrolliert der Staat sein eigenes Gesetz nicht – und geht darum auch nicht gegen die zu hohen Mieten vor. Das war bis in die 1970er Jahre noch

anders, als die staatliche Mietzinskontrolle eine Selbstverständlichkeit war.

JEDES JAHR MILLIARDEN ZU VIEL

Das Basler Büro BASS hat die Mietentwicklung zwischen 2006 und 2021 untersucht. Die 2022 veröffentlichte Studie zeigt: Die Mieten hätten in diesen 16 Jahren eigentlich um etwa 11 Prozent sinken müssen, wenn man die relevanten Kostenfaktoren des Mietrechts wie Hypothekarzinsentwicklung, Inflation und Unterhaltskosten berücksichtigt. Stattdessen sind sie um über 22 Prozent gestiegen.

Das Ergebnis ist eine gigantische und rechtswidrige Umverteilung von den Mieterinnen zu den Immobilienbesitzern. Insgesamt bezahlten die Mieter seit 2006 satte 78 Milliarden Franken zu viel. Allein im Jahr 2021

waren dies 10,5 Milliarden Franken – durchschnittlich 370 Franken pro Monat und Miethaushalt. Und das in einem Land, in dem nur gerade knapp 36 Prozent der Wohnungen und Einfamilienhäuser denen gehören, die sie bewohnen

Die Schweiz ist ein Paradies für in- und ausländische Immobilieninvestoren. Und diese zocken die Mieterinnen massiv ab: Bei Durchsetzung des geltenden Rechts würde die Kaufkraft der Mieter jährlich um mindestens 10 Milliarden Franken gestärkt. Stattdessen landen diese Milliarden in den Taschen der Immobilienkonzerne und ihrem Aktionariat.

DRAMATISCHE FOLGEN

Diese gigantische Umverteilung von unten nach oben hat dramatische Folgen. Auch im aktuellen «Schweizer Familienbarometer», das von der Pro Familia und der Pax-Versicherung herausgegeben wird, stehen die Kosten fürs Wohnen weit oben auf der Sorgenliste. Wohnkosten sind oft der grösste Posten im Haushaltsbudget, besonders für Niedrig- und Mittelverdienende, die 25 bis 35 Prozent ihres Einkommens dafür aufwenden müssen. Steigende Zinsen und Nebenkosten verschärfen die Lage. Ab 40 Prozent spricht die Wissenschaft von Überbelastung – ein Wert, den immer mehr Haushalte bald erreicht haben werden.

Besonders gemein: Gerade für Menschen, die höhere Wohnkosten nicht einfach mit höheren Einkommen oder Vermögensverbrauch aufpassen können, liegt Sparen mit Wohnungswechsel gar nicht mehr drin. Auch diese Situation betrifft zuneh-

Miet-Haie: Rückzug ist reine Taktik

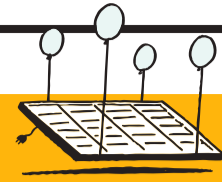
Nach der doppelten Abstimmungsschlappe im November haben die Immobilienlobbyisten im Parlament einen ihrer Angriffe auf die Rechte der Mieterinnen vorerst beerdigt: die faktische Abschaffung der Anfechtbarkeit von Anfangsmieten. Doch das war nur ein taktischer Rückzug: Denn ein anderer, noch unverschämterer Vorstoss wurde lediglich verschoben.

DAS ZIEL. Er will erreichen, dass die Immo-Lobby die «Orts- und Quartierüblichkeit» der Mieten gleich selber definiert und die Mieten so noch dreister erhöhen kann. Denn die Tatsache, dass in der Schweiz eine Marktmiete «eigentlich» verboten ist, ärgert die Miet-Haie ungemein. Und die rechten Mehrheiten im Parlament geben alles, um die Wünsche der Vermieterkonzerne zu erfüllen. Alle Details zum taktischen Rückwärtsschwimm und der weiterhin geplanten Angriffe der Miet-Haie gibt's hier: rebrand.ly/miet-haie.

mend Haushalte bis tief in die Mittelschicht hinein.

VERZWEIFELTE MIETER

Das Hilfswerk Caritas hat im vergangenen Jahr ein Positionspapier zur Wohnungsfrage erarbeitet (work berichtete: rebrand.ly/hohe-mieten). Direktor Peter Lack sagte bei der Präsentation: «Tagtäglich sind wir mit der Lebensrealität von Menschen konfrontiert, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen.»



Wind- und Sonnenenergie: Statt die Schweiz militärisch aufzurüsten, könnten wir die Ukraine energetisch umrüsten

Die Schweiz braucht eine Friedensbewegung. Und diese braucht ein Projekt. Die ETH hat eines in den Schubladen.

Das Zitat soll angeblich von Lenin stammen: «Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts passiert, und es gibt Wochen, in denen Jahrzehnte passieren!» Zitiert hat es jüngst der Vizepräsident des US-Hedge-Fund Blackrock und Ex-Nationalbankchef Philipp Hildebrand, der den Bundesrat in Sachen Trump berät.

Vielleicht geht alles nicht ganz so schnell, aber überall werden plötzlich feine Haarrisse sichtbar, die Veränderungen ankündigen:

Haarriss 1: Schweden und Finnland, unsere neutralen Freunde von gestern, sind Nato-Mitglieder geworden, weil sie an Russland grenzen.

Haarriss 2: Tesla, das Unternehmen von Trump-Berater und Multimilliardär Elon Musk, verkauft dieses Jahr in der Schweiz 65 Prozent weniger Autos als letztes Jahr. Und die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will keine F-35 mehr kaufen.

Haarriss 3: In seiner Rede am SVP-Parteitag vom 29. März 2025 erwähnte Parteipräsident Marcel Dettling die Namen von Donald Trump, J. D. Vance und Elon Musk nicht mehr. Dies, nachdem SVP-Bundesrat Röstli Trump noch zur Wahl empfohlen hatte und für Multimilliardärin Magdalena Martullo-Blocher Trump gleich ist wie sie. Auch an der Basis, der eben noch Trump-freundlichen SVP, rumort es.

Haarriss 4: In Deutschland bricht Kanzlerkandidat Friedrich Merz alle seine Wahlversprechen: Innert Tagen hat sich die Schuldenbremse in Luft aufgelöst. In den nächsten vier Jahren wollen Union und SPD eine Billion Euro je zur Hälfte in Aufrüstung und Infrastruktur investieren. Und dies, obwohl Europa militärisch kein Geld-, sondern ein Effizienzproblem hat.

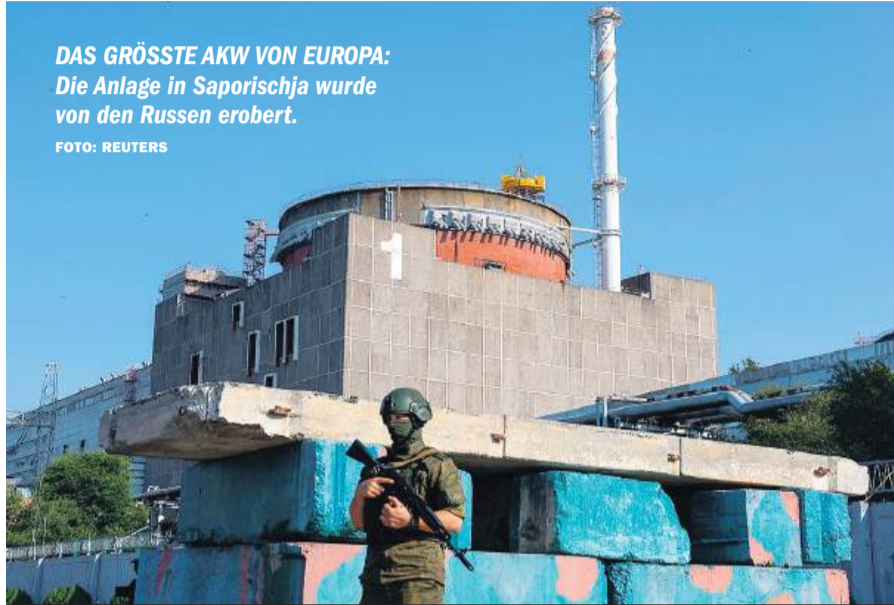
Haarriss 5: Die Nato entwickelt sich zu einer deutschen Organisation ohne die USA. Trotzdem ist die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer, genauso wie die grosse Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher, für die Beibehaltung der Neutralität. Doch der Druck auf die Schweiz wächst, dass sie die europäische Aufrüstung, hinter der sich deutsche Industriepolitik versteckt, mitfinanzieren solle. Und die SP – oder zumindest ihr Co-Präsident – will den deutschen Kriegsgurgeln offenbar Geld in die Rachen stopfen.

Gibt es Alternativen dazu?

ENERGIE-SELBSTVERSORGUNG. Das grösste Atomkraftwerk Europas befindet sich in der Ukraine, in Saporischja. Es produzierte pro Jahr doppelt so viel Strom wie alle Schweizer Atomkraftwerke zusammen. Jetzt steht es still, weil Russland es erobert hat. Die USA möchten sich die ukrainischen Atommeiler jetzt unter den Nagel reissen und so Geld verdienen. Das aber ginge auf Kosten der ukrainischen Konsumentinnen und Konsumenten.

DAS GRÖSSTE AKW VON EUROPA:
Die Anlage in Saporischja wurde von den Russen erobert.

FOTO: REUTERS



Russland beschiesst die Energiezentralen in der Ukraine, weil Präsident Putin die ukrainische Wirtschaft sabotieren will, die ohne Atomstrom nicht funktioniert. Dabei belegen Untersuchungen, dass sich die Ukraine problemlos mit erneuerbarem Strom aus Wind und Sonne selber versorgen könnte. Dezentrale Wind- und Solaranlagen – kombiniert mit Generatoren – machen ein Land resilienter. Statt die Schweiz militärisch aufzurüsten, könnten wir also sinnvoller die Ukraine energetisch umrüsten helfen.

Der Direktor des Instituts für Wissenschaft, Technologie und Politik der ETH, Thomas Schmid, hat die Fakten einer solchen Umrüstung zusammengetragen:

In der Ukraine liessen sich Windkraftwerke mit einer Leistung von 180 Gigawatt und Solaranlagen mit einer Leistung von 30 Gigawatt installieren. Zusammen können sie schnell, effizient und günstig so viel Strom produzieren, wie die Ukraine braucht. Die Investitionen dürften weniger als 100 Milliarden Franken ausmachen. Die Schweizerische Nationalbank verfügt über ein Vermögen von 800 Milliarden Franken. Sie könnte den ökologischen Umbau der Ukraine mit günstigen Krediten finanzieren. Das alles wäre für die Nationalbank immer noch viel schlauer, als was sie jetzt tut, nämlich 400 Milliarden Dollar zu horten, deren Wechselkurs Donald Trump in den Keller hauen wird.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/sönke-neitzel
Sönke Neitzel ist ein deutscher Militärgeschichtler mit Rechtsdrill. Er macht, wo er kann, die Bundeswehr schlecht. Im «Tages-Anzeiger» gibt Neitzel die Marschrichtung vor: «Die Schweiz muss gar nicht Mitglied der Nato werden, ich verstehe ja, dass das ihrer politischen Kultur und Geschichte widerspricht. Aus meiner Sicht könnte sie aber deutlicher machen, dass sie Teil der westlichen Gemeinschaft ist und zu deren Sicherheit militärisch einen Beitrag leisten will.» Auch die SP scheint in diese Denkrichtung zu gehen.

● rebrand.ly/jo-lang
Etwas seltsam ist die Armeelogik von Grünen-Politiker und Mitbegründer der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), Jo Lang. Er meint: «Die Schweiz hat nun zwei Optionen: Entweder, sie schafft ihre Armee ab – oder aber, sie tritt der Nato bei. Denn eine Schweizer Armee ohne Nato-Support ist ohnehin wehrlos, und das Geld wird dann besser in zivile Verteidigung und Entwicklungshilfe investiert.»

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Entspannter investieren. Mit unseren Anlagelösungen.

Spezialangebot für Unia-Mitglieder:
Bonus* bis 1'000 CHF



Profitieren Sie von unserer langjährigen Anlagekompetenz. Wählen Sie aus vier nachhaltigen Anlagestrategien und nutzen Sie die Chancen höherer Rendite für Ihr Vermögen. cler.ch/anlegen

Zeit, über Geld zu reden.

*Bonusberechtigt sind Sie für zwei Jahre ab Eröffnung der Anlagelösung und einer Investition von 10'000 CHF. Auf zusätzliche Einzahlungen erhalten Sie 10% Bonus, maximal 500 CHF pro Jahr. Der Bonus wird automatisch in Ihre Anlagelösung investiert. cler.ch/unia

Die Hinweise zur Anlagelösung dienen ausschliesslich Werbezwecken. Bei der Anlagelösung Bank Cler handelt es sich um einen Strategiefonds mit verschiedenen Teilvermögen. Für den Prospekt und die Basisinformationsblätter verweisen wir auf cler.ch

Bank
Banque
Banca

CLER



SUCH DEN FEHLER!
Erdöl-Turbo Albert Rösti
im Elektroauto.
FOTO: KEYSTONE

CO₂-Verordnung: Ausgemergeltes Gesetzes-Skelett

Rösti röstet das Klima

Statt echte Massnahmen gegen die Klimaerhitzung zu präsentieren, betreibt SVP-Umweltminister Albert Rösti eine Klientelpolitik.

IWAN SCHAUWECKER

Bis im Jahr 2050 soll die Schweiz klimaneutral sein, also nicht mehr Treibhausgase ausstossen, als gespeichert werden können. Dies ist das offizielle Ziel der Schweiz seit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens und seit dem Ja der Stimmbewölkerung

Die Schweizer Industrie wehrt sich gegen ambitionierte Klimaziele.

zum Klima- und Innovationsgesetz im Jahr 2023. In der neuen CO₂-Verordnung werden die wichtigsten Zwischenziele erneut genannt: Die Emissionen des Verkehrs in der Schweiz müssen im Vergleich zum Jahr 1990 bis 2030 um ein Viertel sinken, und die Schweizer Industrie soll ihre Emissionen um 35 Prozent reduzieren. Doch die Interessen der Öl- und Autoindustrie blockieren weiterhin den Weg zur Erreichung dieser Ziele.

Die Klima-Allianz, ein Bündnis von mehr als 150 Organisationen der Schweizer Zivilgesellschaft, schreibt zum neuen CO₂-Gesetz: «Es bleibt ein ambitionloses Gesetzes-Skelett ohne Instrumente zur Durchsetzung übrig, das den Anforderungen des Pariser Abkommens keinesfalls genügen kann.» Mit der neuen CO₂-Verordnung werde das CO₂-Gesetz noch weiter abgeschwächt. Die Hauptkritik trifft die tiefe Kompensationspflicht für Treibstoffimporteure. Über 6 Milliarden Liter Benzin und Diesel werden jährlich in die Schweiz importiert und verbrannt, was etwa einen Drittel aller Treibhausgasemissionen in der Schweiz verursacht.

KEIN ENDE DES VERBRENNERS

Die Importeure müssen einen Teil dieser CO₂-Emissionen mit dem Kauf von Zertifikaten für Klimaschutzprojekte kompensieren. Der Bundesrat schreibt 2025 eine Kompensationszahlung von 25 Prozent auf den Treibstoffemissionen vor und verdoppelt diesen Kompensationssatz bis im Jahr 2030 auf 50 Prozent.

Die Wirksamkeit der Klimazertifikate und Kompensationsprojekte im Ausland ist jedoch umstritten. Auch die Autoimporteure können weiterhin im fast gleichen Umfang Verbrenner verkaufen. Sie müssen beim Verkauf von Neuwagen lediglich

einen Anteil von 23 Prozent Elektro- und Hybridfahrzeugen erreichen. Diesen Schwellenwert erreichen die meisten Autoverkäufer bereits heute.

INDUSTRIE GEGEN AMBITIONIERTE KLIMAZIELE

Und nicht nur die Auto- und Erdöllobby hat bei Umweltminister Albert Rösti lobbyiert. Der SVP-Bundesrat und ehemalige Präsident von Auto-Schweiz und Swissoil ist für die CO₂-Verordnung verantwortlich. Auch die Schweizer Industrie wehrt sich gegen ambitioniertere Klimaziele. Der Verordnungsentwurf sah vor, dass die Befreiung von der CO₂-Abgabe ab einer Reduktionsverpflichtung von 2,5 Prozent pro Jahr möglich sein soll. Den Verbänden Swissem und Economiesuisse war das zu viel. Bundesrat Rösti kam ihnen entgegen und senkte die Rate in der Verordnung auf 2,25 Prozent, womit noch mehr Unternehmen von der CO₂-Abgabe befreit werden.

Doch selbst das ist für den Branchenverband Swissem nicht genug. Viel zu wenig ist es hingegen für die Klima-Allianz: «Die Industrieverbände gefährden durch ihr kurzichtiges Verhalten ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit. Es liegt am Bundesrat, diese Lose-lose-Situation endlich zu erkennen und in der Klimapolitik entschieden dagegen anzugehen.»

Wer bezahlt die ökosoziale Wende?

«Wir sollten unsere Klimagesetze gut kennen»

Alex Tiefenbacher ist Journalistin und Experte für Klimapolitik. Sie sagt, wie die Schweizer Industrie von den Klimagesetzen profitiert und wer den Klimaschutz der Konzerne bezahlen wird.

IWAN SCHAUWECKER

work: Sie sind Teil eines gewerkschaftlichen Schulungsprojekts zum ökologischen Wandel in der MEM-Industrie. Was möchten Sie mit dieser Schulung erreichen?

Alex Tiefenbacher:

Mein Input ist zu den Schweizer Klimagesetzen. Gesetze regeln das gesellschaftliche Zusammenleben. Sie sagen uns, wer was darf oder eben nicht darf. Wer für was zahlt. Wer wofür verantwortlich ist. Und sie schützen uns vor denen, die das alles lieber nicht regeln möchten. Wir müssen uns in den nächsten Jahren fitmachen für die Heisszeit. Wer zahlt für diese Trans-



FOTO: ZVG

Welche staatliche Unterstützung erhalten Firmen mit den neuen Klimagesetzen?

Es gibt verschiedene Geldtöpfe. Unter anderem erhalten Firmen mit dem Klima- und Innovationsgesetz (KIG) finanzielle Unterstützung zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen. Seit Anfang Jahr gibt es hier ein neues Förderinstrument: das Programm für «neuartige Prozesse und Technologien». Hier stehen der Schweizer Industrie während der nächsten sechs Jahre 1,2 Milliarden Franken zur Verfügung. Die Art und Weise, wie das Programm finanziert werden soll, ist jedoch problematisch.

Warum?

Auf Heizöl, Erdgas oder andere fossile Brennstoffe erhebt der Bund eine Abgabe von 120 Franken für jede Tonne CO₂, die bei der Verbrennung dieser Brennstoffe entsteht. Der Bund will ei-

KLIMA-WEITERBILDUNG

Schulungen zum ökosozialen Wandel in der Industrie

Um umweltfreundlich zu arbeiten, müssen Unternehmen effizienter mit Ressourcen umgehen und ihre CO₂-Emissionen reduzieren. Beim ökologischen Umbau der MEM-Industrie sollen Arbeitsplätze erhalten bleiben oder neue Jobs geschaffen werden.

PROJEKT. Doch wie gelingt dieser Wandel? Mit dem Weiterbildungsprojekt «Industrie netto null» geben neben Alex Tiefenbacher auch Christian Zeller, Professor für Wirtschaftsgeographie, und Roger Nordmann als ehemaliger Nationalrat der SP und Energieexperte ihr Wissen weiter. Programm und Anmeldung: industrie-nettonull.ch.

nen Teil der Gelder aus der CO₂-Abgabe in dieses neue Förderprogramm stecken. Bei dem neuen Förderprogramm werden sich aber in erster Linie die Firmen mit sehr hohen Emissionen um Gelder bewerben, die selbst gar keine CO₂-Abgabe bezahlen müssen. Die Umleitung der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe führt dazu, dass

die Haushalte und kleinen Unternehmen den Firmen mit den höchsten Emissionen den Ausstieg aus den fossilen Energien finanzieren werden.

Warum zahlen die Firmen mit sehr hohen Emissionen keine CO₂-Abgabe?

Heute sind etwa 100 besonders klimaschädliche Konzerne in der Schweiz über die Teilnahme am Emissionshandelssystem von der CO₂-Abgabe befreit. Sie müssen stattdessen für jede ausgestossene Tonne CO₂ ein sogenanntes Emissionsrecht vorweisen. Die allermeisten dieser Rechte erhalten sie jedoch gratis. Weitere rund 1300 Firmen sind mit einer Zielvereinbarung mit Verminderungspflicht von der CO₂-Abgabe befreit. Mit der neuen CO₂-Verordnung (siehe Text oben) können sich noch mehr Firmen von der CO₂-Abgabe befreien lassen.

Wir sollten wissen, was mit dem Geld geschieht, das entweder über die CO₂-Abgabe oder über das Emissionshandelssystem eingenommen wird. Die ökosoziale Wende wird viel kosten. Und da stellt sich die Frage: Wer zahlt wie viel, und wer verdient daran?

Urteil Klimaseniorinnen: Ein Jahr ohne Handeln

Seit einem Jahr weigert sich die Schweiz, das historische Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zur Klage der Klimaseniorinnen umzusetzen.

IWAN SCHAUWECKER

Ein Jahr nach dem historischen Urteil des EGMR wollen die Klimaseniorinnen auf dem Bundesplatz einen 2,5 Tonnen schweren Stein enthüllen (nach Redaktionsschluss). Mit dem «Stein des Anstosses» aus Strassburg fordern sie den Bundesrat und das Parlament dazu auf, das Urteil endlich zu



GENUG GEWARTET: Die Klimaseniorinnen. FOTO: YOSHIKO KUSANO/LUNAX

respektieren und mit wirksamen klimapolitischen Massnahmen umzusetzen.

PFLASTERSTEINE. Zur Erinnerung an die Inhalte und die Dringlichkeit des Urteils will die Gruppe «Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz» Pflastersteine aus dem Strassburger Steinblock rausschlagen und an Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter, an die Präsiden-

Die Schweiz muss bis September 2025 abliefern.

tinnen des Parlaments und an Bundesgerichtspräsident François Chaix übergeben.

Bei einer ersten Überprüfung des Urteils hat der Europarat Anfang April festgestellt, dass die Schweiz die Anforderungen des EGMR-Urteils noch nicht erfüllt. Die Schweiz muss dem Europarat bis im September 2025 die Grundlagen ihrer Klimastrategie erklären und das verbleibende nationale CO₂-Budget berechnen.

DOKUMENTARFILM. Auch der Film «Trop chaud» feiert in Bern Premiere. Der Dokumentarfilm von Benjamin Weiss erzählt die achtjährige Geschichte der Klimaseniorinnen. Von den Anfängen mit den abgewiesenen Klagen bis zu den wichtigsten Momenten des Prozesses im Gerichtssaal des EGMR. Besonders peinlich zur Geltung kommt der Auftritt der Schweizer Delegation mit Franz Perrez, der die klimapolitischen Ausflüchte des Landes mit seiner Rede in den Strassburger Gerichtssaal trägt. Der Film ist ein Zeitdokument, das aufzeigt, mit welchem Durchhaltewillen die Klimaseniorinnen ihre Ziele verfolgen.

Trop chaud läuft ab Mitte Mai in den Deutschschweizer Kinos.

Die andalusische Gewerkschaft SAT setzt auf zivilen Umgehorsam «Wir sind die am härtesten verfolgte Gewerkschaft in Europa»



Mitglieder der antikapitalistischen Gewerkschaft SAT stehen für zivilen Ungehorsam und wehren sich auch erfolgreich gegen die repressive spanische Justiz.

RALF STRECK*

«Niemand gibt hier auf», sagt Óscar Reina. Gerade ist der Generalsekretär der kämpferischen Gewerkschaft der andalusischen Arbeiter (SAT) in der Führung bestätigt worden. Es zeige sich, dass es sich stets lohne, «für eine bessere und gerechtere Welt» zu kämpfen, erklärt der Mann gegenüber work. Gerade traf ein wichtiges Schreiben bei ihm ein. Darin wurden er und zwei weitere SAT-Mitglieder von den Vorwürfen freigesprochen, für die sie dreieinhalb Jahre in den Knast wandern sollten.

Zehn Jahre hatte sich das Verfahren hingezogen. Sie hatten eine Firma als «Sklavenhalter» beleidigt und damit «zum Hass» angestiftet. Es habe sich um «Lawfare» gehandelt, also einen juristischen Krieg, ist Reina überzeugt. Neun Mal war er seither zeitweise festgenommen worden. Er und die SAT-Mitglieder kommen Vorladungen nicht nach und boykottieren Prozesse. Das gehört zum «zivilen Ungehorsam» der SAT.

Er kann auf weitere Siege gegen eine Justiz in Spanien verweisen, die oft unhaltbare Vorwürfe auffährt. So waren im März auch Gewerkschaftsaktivistinnen endgültig freigesprochen worden. Vanesa Sánchez und zwei weitere SAT-Mitglieder sollten so-

gar fünf Jahre hinter Gitter, weil sie 2021 im Rahmen eines Protests «gewaltsam» in die Tourismusbehörde in Granada eingedrungen sein sollen, um die Wiedereinstellung von Sánchez zu fordern. Elf Jahre hatte sie als Reinigungskraft in der Behörde für Subunternehmen gearbeitet. Sie war wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit als einzige Beschäftigte nicht übernommen worden, als einem neuen Subunternehmen die Arbeiten zugeteilt wurden.

KULTUR ALS WAFFE

Für Gewerkschaftssekretär Reina ist die SAT die «am härtesten verfolgte Gewerkschaft Europas». Etwa 600 Mitglieder werden oder wurden juristisch verfolgt. Geforderte Haftstrafen summieren sich auf etwa 400 Jahre. Auch mit Geldstrafen, die im Umfang von

Geforderte Haftstrafen gegen SAT-Mitglieder summieren sich auf etwa 400 Jahre.

über einer Million Euro verhängt wurden, versuche man, die Gewerkschaft mit etwa 20000 Mitgliedern in die Knie zu zwingen. Um Geld in die «Kampfkasse» zu bekommen, hat Reina nun den Gedichtband «Desobediencia para la libertad» (Ungehorsam für die Freiheit) veröffentlicht, den er nun im gesamten Land vorstellt. Er sagt: «Auch die Kultur ist eine revolutionäre Waffe im Kampf für eine freie und bessere Welt.»

Die Führung der Gewerkschaft übernahm er 2015 im Alter von 25 Jahren. Damals fand der SAT-Kongress in

Gilena statt, einem Dorf mit 4000 Einwohnern in der Provinz Sevilla, aus dem Reina stammt. Acht Jahre zuvor war die SAT aus der Landarbeitergewerkschaft (SOC) hervorgegangen, um auch andere Sektoren zu erreichen. «Wir wollen dorthin gelangen, wo sonst niemand hinkommt, um für die gerechten Anliegen der Arbeiterklasse zu kämpfen», erklärt Reina.

Der letzte Kongress der Gewerkschaft fand in Marinaleda statt. Das ist kein Zufall. Das «anarcho-kommunistische» Dorf ist ein Vorbild. Nach vielen Kampffahren, die bis in die Franco-Diktatur zurückreichen, wurde das besetzte Landgut «El Humoso» in Marinaleda von der damaligen sozialdemokratischen Regionalregierung gekauft und 1991 dann denen übergeben, die das Land auch bearbeiten. Die nun in Andalusien regierende rechte Volkspartei (PP) will es nun aber verkaufen.

Das Aushängeschild der Bewegung soll zerstört werden. Denn über Kooperativen wurde ein prosperierendes Dorf geschaffen, in dem Arbeits- und Wohnungslosigkeit praktisch Fremdwörter sind, die sonst in Andalusien grassieren. Immer wieder werden meist ungenutzte Landgüter besetzt, um sie ebenfalls genossenschaftlich mit Einheitslohn zu beackern. Dreizehn Mal wurde in dreizehn Jahren das Landgut «Somonte» in Palma del Rio geräumt und vierzehn Mal besetzt. Der Verkauf von 400 Hektaren Land, die sich in öffentlicher Hand befinden, soll verhindert werden. Gegen zehn SAT-Mitglieder werden deswegen jeweils drei Jahre Haft gefordert, der Prozess steht noch aus.

*Ralf Streck ist Journalist und lebt seit über 20 Jahren in Spanien.

KÄMPFER FÜR EINE GERECHTERE WELT: Óscar Reina führt die Gewerkschaft der andalusischen Arbeiter und handelt sich immer wieder Ärger ein. FOTO: ZVG

INSERAT







Am Tag der Arbeit kämpfen wir gemeinsam gegen Fremdenfeindlichkeit und für sozialen Fortschritt, Gerechtigkeit und Gleichstellung.

Zum 1. Mai-Programm in deiner Region



Solidarität statt Hetze

Komm mit uns auf die Strasse!

Frankreich: So macht Nestlé Wasser zu Gold

Nestlé wegen Wasser-Bschiss angeklagt



KENNT DIE NESTLÉ-METHODEN: Yasmine Motarjemi hat jahrelang gegen den Konzern prozessiert, das Bild zeigt sie 2015 vor dem Kantonsgericht in Lausanne, das ihr in ihrer Mobbing-Klage recht gab. FOTOS: KEYSTONE, ADOBE STOCK / MONTAGE WORK

Wer «natürliches Mineralwasser» kauft, sitzt manchmal einer Täuschung auf. Doch hinter dem falschen Etikett lauern weit heftigere Missstände.

OLIVER FAHRNI

Achtzehn Jahre zermürbender Kampf gegen den Nestlé-Konzern haben Yasmine Motarjemi gezeichnet, physisch und psychisch. Die bald Siebzigjährige sagt: «Nestlé hat mein Leben ruiniert.» Gerettet habe sie allein die Arbeit in ihrem Waadtländer Garten.

Den mächtigen Gegner hat sich Motarjemi nicht ausgesucht. Sie arbeitete bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO). In diesem Bereich genoss die Chemikerin und Biologin internationalen Ruf. Im Jahr 2000 holte sie Nestlé als Direktorin für Nahrungsmittelsicherheit. Genau passend, denn der Konzern war regelmässig in Skandalen um seine Lebensmittel und seine aggressiven Praktiken verstrickt, zum Beispiel bei der Babynahrung.

GEGEN DAS IMPERIUM

Nestlé ist kein gewöhnliches Unternehmen am lieblichen Genfersee, sondern ein globales Imperium mit 337 Fabriken in 75 Ländern, 277'000 Arbeitenden, zahllosen abhängigen Bauern, Hunderten von Marken und mehr als 91 Milliarden Franken Umsatz. Internationale Finanzfonds (Blackrock usw.) kontrollieren den weltgrößten Nahrungsmittelkonzern, den führenden Kaffee- und Kakaoverkäufer, die Nummer eins beim Mineralwasser und den globalen Gross-Dealer der Droge Zucker.

Wissenschaftlerin Motarjemi aber konstatierte rasch, dass ihre Anstellung vor allem dem Marketing diene, wie sie in ihrem kürzlich erschienenen Buch schreibt. Immer wieder kamen schlimme Meldungen auf ihren Tisch. Mal erstickten Kleinkinder an Nestlé-Biscuits, mal war zu viel Jod in der Babymilch, dann erkrankten

in China Zehntausende wegen Melamin in Getränkepackungen. Sie schlug Alarm, verlangte Untersuchungen, drängte auf Verbesserungen: «Ich fühlte mich der Gesellschaft verpflichtet.» Schlecht für den Profit. Also wurde sie ignoriert, kaltgestellt, gemobbt und 2010 schliesslich entlassen. Eine sechsstellige Abgangsschädigung schlug sie aus, sie wollte nicht schweigen müssen. 2020 gab das Kantonsgericht Waadt ihrer Mobbing-Klage recht.

WASSERVERSORGUNG AUSGETROCKNET

Dieser Tage muss Yasmine Motarjemi ihren Garten wieder häufiger verlassen. Radios und TV-Sender interessieren sich für ihre Erfahrungen als Whistleblowerin bei Nestlé. Eine Untersuchungskommission des französischen Senats hat sie als Zeugin geladen. Thema: «Der Mineralwasser-Skandal».

Der gärt schon länger. Es geht um illegale Wasserentnahmen, gesundheitliche Risiken, Ökologie und Betrug. Und um die Komplizität der französischen Behörden.

Nestlé kaufte sich mit einer Mini-Busse von zwei Millionen frei.

nach einem Bericht des Staatlichen Amtes für Biodiversität (OFB) allein in den Vogesen 19 Milliarden Liter Wasser ohne Bewilligung geschöpft.

Diese unkontrollierte Plünderung habe den Wasserhaushalt so sehr gestört, dass mancherorts die öffentliche Wasserversorgung zusammengebrochen sei, befand das OFB. Nach Klagen diverser Umweltgruppen wurde die Justiz endlich aktiv. Geschätzter Deliktbetrag: drei Milliarden Euro. Doch Nestlé kaufte sich im September 2024 mit einer Mini-Busse von zwei Millionen frei.

VERUNREINIGTE QUELLEN

Wasser ist überlebenswichtig und darum ein elementares öffentliches Gut. Doch die neoliberale Politik hat es auf Druck des Kapitals privatisiert. Das provoziert immense Krisen bei Versorgung, Ökologie, Gesund-

heit. Aber generiert Monstergewinne in der öffentlichen Versorgung wie in der Ausbeutung von Quellen und Grundwasser. Konzernlenker reden vom «blauen Gold».

Vor allem, wenn Nestlé und andere Konzerne Wasser als «natürliches Mineralwasser» teuer verkaufen, das alles andere als natürlich ist. Gesetz und EU-Norm (2009_54) lauten glasklar: Diese Wasser dürfen nicht behandelt werden. Doch die Lebensmittelaufsicht fand heraus: Nestlé und andere

Zu dieser Rosstäuscherei bot der französische Staat jahrelang Hand, kritisiert die EU.

Konzerne haben Wasser aus verunreinigten Quellen geschöpft (Pestizide, Düngerrückstände, Fäkalien bis hin zu Giften) und mit allerlei Methoden konsumierbar gemacht. Angeblich gefahrlos. Hahnenwasser ist auch nicht schlechter und kostet hundertmal weniger. Klarer Fall von Bschiss. Selbstverständlich wussten die Nestlé-Manager, was sie taten: Für ihren grössten Markt, die USA, haben sie eine neue Marke lanciert: «Created by Maison Perrier». Kein Wort mehr von «natürlichem Mineralwasser». Dafür mit Aroma.

Zu dieser Rosstäuscherei bot der französische Staat jahrelang Hand, kritisiert die EU. Berichte wurden schubladisiert. Inspektoren inspizierten nicht. Ministerinnen traten auf die Bremse, wo Behörden handeln wollten. Dafür hatte Nestlé gesorgt, seine Lobbyisten waren, wie die Zeitschrift «Mediapart» aufdeckte, bis ins Vorzimmer von Präsident Emmanuel Macron ausgeschwärmt.

Dem machte die Nichtregierungsorganisation Foodwatch jetzt mit einer Doppelklage ein Ende: gegen Nestlé und den Wasserkonzern Alma (Vichy, Cristaline), aber auch gegen die Regierung. Weil nach der EU-Untersuchung Verdacht auf Korruption besteht, setzte der Senat zudem seine Untersuchungskommission ein. Vor der sich die zuständige Nestlé-Chefin Mitte März so wortkarg zeigte, dass ihr ein Strafverfahren droht.



la suisse existe
Jean Ziegler

GAZA RETTEN, UM UNS ZU RETTEN

Israelische Soldaten haben Mitte März in Rafah 15 palästinensische Sanitäter erschossen und sie neben ihren Ambulanzen im Sand verscharrt. Die Armee behauptete, sie seien nicht als Rettungs-

Israel zerstört gerade die Lebensgrundlagen Palästinas.

kräfte erkennbar gewesen. Ein Handyvideo entlarvte die Lüge. Der

Sanitäter, der es aufgenommen hatte, wurde mit einer Kugel im Kopf gefunden. Bevor er starb, bat er seine Mutter um Vergebung dafür, diesen gefährlichen Job gewählt zu haben.

VERZWEIFLUNG. Kein Tag vergeht ohne fürchterliche Bilder von neuen Massenschlächtereien in Gaza. Diese Bilder zerrissener Körper und verzweifelter Überlebender sind unerträglich. Mindestens 50 000 Palästinenserinnen und Palästinenser (wahrscheinlich viel mehr) sind tot. Ein Drittel davon waren Kinder.

MASSAKER. Im babylonischen Talmud steht der Satz, die Gegenwart habe eine lange Vergangenheit. Der Gazakrieg hat nicht erst am 7. Oktober 2023 mit dem abscheulichen Massaker der Hamas an israelischen Zivilisten begonnen. Er dauerte schon viele Jahre. Um Rache geht es nicht, die Geiseln haben Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu nie interessiert. Wer hört, was seine rechts-extreme, rassistische Regierung sagt und wer die Fakten des Terrains mit kühlem Kopf analysiert, der weiss: Netanjahu will die Palästinenserinnen und Palästinenser vertreiben. Nicht nur aus Gaza, auch aus den besetzten Gebieten der Westbank. Kritische Israeli erkennen darin den alten Traum der Rechten. Deshalb zerstört Israel gerade die Lebensgrundlagen Palästinas. Was Netanjahu in Gaza treibt, erfüllt alle Kriterien eines Genozids.

SÄUBERUNG. Dafür hat er im US-Präsidenten Trump jetzt einen Komplizen. Der liefert die Waffen und propagiert die ethnische Säuberung, um in Gaza ein zweites Las Vegas zu bauen. Trump machte Druck auf den Sudan, die 2 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner des Gazastreifens nach ihrer Vertreibung aufzunehmen – doch im Sudan tobt ein schrecklicher Bürgerkrieg. Derweil schaut Europa weg. Das ist fatal. Was bleibt von uns übrig, wenn wir zulassen, dass Israel die Palästinenser im Namen des Westens aus der Menschheit ausschliesst? Wie können wir noch hoffen, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zu besiegen, wenn wir die Zerstörung des Menschenrechts und des internationalen Rechts billigen und hinnehmen?

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

«Solidarität statt Hetze» Heraus zum 1. Mai

In diesem Jahr steht der 1. Mai, der Tag der Arbeit, im Zeichen der Solidarität. Denn statt sich um den Kaufkraftverlust und die steigenden Mieten zu kümmern, zeigt die bürgerliche Mehrheit im Schweizer Parlament, aber auch international auf einen vermeintlichen Sündenbock: Geflüchtete sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Konkret wird diesen Frühling im Parlament über die «10-Millionen-Schweiz» diskutiert – eine ausländerfeindliche



Solidarität statt Hetze

und gefährliche Initiative der SVP. Am 1. Mai rufen deshalb die Gewerkschaften auf: Komm mit uns auf die Strasse! Gegen Ausgrenzung, den Sozialabbau und die Umverteilung nach oben. Kundgebungen und Aktionen finden in der ganzen Schweiz statt.

1. Mai 2025: Solidarität statt Hetze – gemeinsam stark! Veranstaltungen in der ganzen Schweiz, mehr Infos unter www.erster-mai.ch

20 Jahre Unia Das grosse Fest!

Die Gewerkschaft Unia feiert ihren 20. Geburtstag. Zur grossen Fête am 5. Juli sind Mitglieder, Vertrauensleute und Mitarbeitende eingeladen. Die Unia offeriert die An- und Rückreise, das Mittag- sowie das Abendessen. Der Samstagnachmittag bietet unter dem Motto «Zwanzig Jahre stark – ein Tag Spiel und Spass!» eine Vielzahl an Aktivitäten für die Besucherinnen und Besucher an. Zudem tritt der Rapper «Stress» auf. Aber Achtung: Die Plätze sind begrenzt!

Anmeldung unter folgendem Link: www.uniafiesta.ch

Mattmark-Ausstellung Als 88 Buezer starben

Am 30. August 1965 ereignete sich in der Schweiz das bisher schlimmste Unglück auf dem Bau. Beim Staudamm Mattmark im Wallis wurden Baubüezer von einer Eismasse von 2 Millionen Kubikmetern überrascht. Die Mehrzahl von ihnen waren Saisoniers aus Italien. Das Eis, das sich vom Allalingsletscher löste, forderte das Leben von 88 Menschen. Die Katastrophe jährt sich diesen August zum sechzigsten Mal. Im Gedenken an die Opfer finden Ausstellungen und Vorträge statt.

Bis am 15. April ist die Ausstellung zur Tragödie von Mattmark im Ecap in Sitten zu sehen, ab dem 28. April in der Gewerbeschule Visp und ab dem 28. August im Zentrum Mission in Naters. Am 29. August findet in Naters ein runder Tisch zu Thema Arbeitssicherheit statt, wo auch die Gewerkschaft Unia vertreten ist. Am 30. August findet die Gedenkzeremonie in Mattmark statt.

Neues Buch zum Klimastreik

«Wir haben riesig geträumt, eine Art Grössenwahnsinn»

Cyrril Hermann (21) ist aktiv beim Klimastreik und hat in den letzten Jahren Demonstrationen, Besetzungen und Blockaden mitorganisiert. Im Buch «What do we want?» erzählt Hermann über Lust und Frust in der Klimabewegung.

IWAN SCHAUWECKER

work: Was macht den Klimastreik für Sie einzigartig?

Cyrril Hermann: Wir haben riesig geträumt, eine Art Grössenwahnsinn oder revolutionärer Optimismus. Im Jahr 2019 war für uns alles möglich. Wir konnten innert kürzester Zeit 10 000 Menschen mobilisieren. Wir haben nationale Treffen, Pressekonferenzen oder Aktionen wie die Bundesplatzbesetzung organisiert, Dinge, die niemand von uns zuvor gemacht hat. Langfristige Projekte hatten es dagegen schwerer.

Was meinen Sie damit?

Wir haben versucht langfristige Projekte zu entwickeln, zum Beispiel den Climate Action Plan (CAP) mit 138 konkreten Massnahmen für die Schweizer Politik, die wir mit Wissenschaftlerinnen und Experten erarbeitet hatten. Oder den Strike for Future, mit dem wir eine längerfristige

«Bei der Basis der Gewerkschaft sind wir nicht wirklich angekommen.»

Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften anstrebten. Mit diesen Projekten konnten wir jedoch nicht den nötigen Wandel erzeugen.

Warum?

Da waren die äusseren Umstände mit den Einschränkungen der Coronapandemie. Aber es gab auch andere Gründe. Auch wenn es eine ge-

BUCHVERNISSAGE: Cyrril Hermann analysiert, wie der Klimastreik entstanden ist und wie er sich bis heute entwickelt hat. FOTO: ZVG



genseitige Offenheit gab, war die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht einfach: Wir konnten zwar an Versammlungen sprechen und an Demos teilnehmen, aber bei der Gewerkschaftsbasis sind wir nicht wirklich angekommen. Vielleicht hatten wir zu wenig Geduld.

Und dennoch gab es jüngst bei Stahl Gerlafingen und in Emmenbrücke auch einen erfolgreichen gemeinsamen Kampf mit Arbeiterinnen und Arbeitern.

Ja, voll! Im Rahmen des Strike for Future wollten wir gemeinsam auf einen Generalstreik hinarbeiten, doch wir stellten nach dem ersten Aktionstag fest, dass dieses Ziel nicht realisierbar war. Dann haben wir uns auf eine Reduktion der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn

fokussiert. Aber auch das ging aus verschiedenen Gründen nicht auf. Bei den Entlassungen in den Schweizer Stahlwerken beteiligten wir uns als Klimastreik an einem konkreten Arbeitskampf und waren zusammen mit den Gewerkschaften erfolgreich.

Sie schreiben im Buch: «Wir planen und scheitern weiter nach vorne.»

Ja, wir haben sehr viele Aktionsformen ausprobiert. Der Klimastreik ist eine Jugendbewegung, wo viele Leute kommen und gehen, auch in andere Bewegungen weiterziehen. Wir geben unsere Fähigkeiten weiter und führen die jungen Menschen an die Politik heran.

Und wohin zieht es Sie als nächstes?

Blick über den Zaun: Antikoloniale und indigene Kämpfe für das Klima

Hermann porträtiert im Buch auch eine Sámi-Aktivistin sowie eine Klimaaktivistin und einen -aktivisten aus Uganda und zeigt auf, wie grüner Kapitalismus zu neokolonialer Ausbeutung führt und wie der Bau einer Ölpipeline in Ostafrika das Leben und das Klima gefährdet. So verbindet Hermann antikoloniale und indigene Klimakämpfe mit der Bewegung in der Schweiz und zeigt auf, wie wir von den antikolonialen Kämpfen lernen können.



WHAT DO WE WANT?
Der Klimastreik – von Systemwandel bis Klimagerechtigkeit, Cyrril Hermann, Rotpunktverlag Zürich, Fr. 27.–.

Klimagerechtigkeit ist für mich weiterhin zentral. Ich bin jetzt in einer neuen Gruppe, bei der verschiedene Organisationen aus der Klimabewegung zusammenkommen und versuchen, eine einheitlichere Strategie zu entwickeln. Den Anfang machte dort das Collective Climate Justice aus Basel. Lange war der Klimastreik die grösste Gruppe in der Schweiz und hatte daher auch eine prägende Rolle für die gesamte Bewegung, aber diese Position ging verloren.

Im Buch blicken Sie auf die Geschichte des Klimastreiks zurück.

Am Anfang war das meine Maturarbeit, und jetzt ist es ein Buch beim Rotpunktverlag geworden. Es ist meine persönliche Sicht auf den Klimastreik und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das Buch ist ein Anfang, um die Geschichte der Bewegung selbst zu erzählen.

work1x1 der wirtschaft

Noémie Zurlinden



PRODUKTIVITÄT STEIGT STÄRKER ALS REALLÖHNE – HÖCHSTE ZEIT FÜR EINE ARBEITSZEITVERKÜRZUNG!

Die Arbeitnehmenden produzieren in derselben Zeit immer mehr. In Zahlen: Von 1993 bis 2023 stieg die Arbeitsproduktivität um 40 Prozent. Das heisst, in einer Stunde Arbeit produzieren die Arbeitnehmenden heute 40 Prozent mehr als vor 30 Jahren.

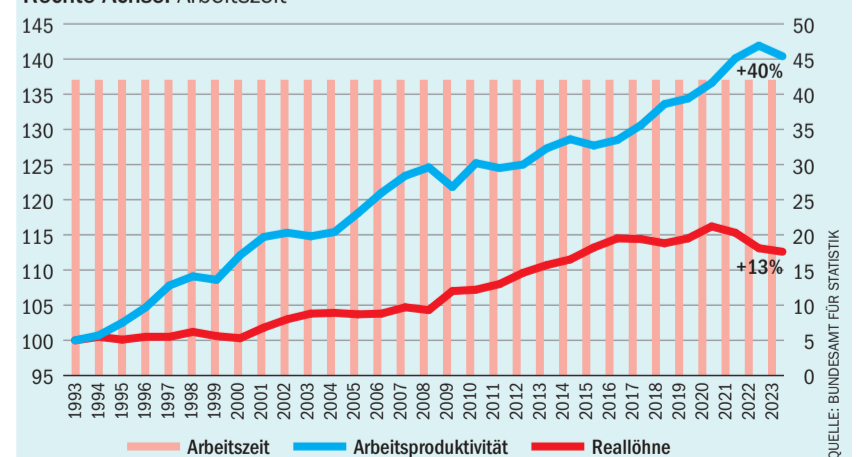
WIN-WIN. Wenn die Produktivität steigt, vergrössert sich der Verteilungsspielraum. Die Unternehmen können die Löhne erhöhen und gleichzeitig ihre Gewinne steigern. Eine Win-win-Situation. Würde man meinen. Tatsächlich werden die Löhne oft nicht im Gleichschritt mit der Produktivität erhöht: Die realen (um die Teuerung korrigierten) Löhne stiegen in den letzten 30 Jahren bloss um knapp 13 Prozent – weit entfernt von den 40 Prozent Produktivitätsfortschritt. Die Unternehmen nutzen die Produktivitätsgewinne also nicht, um die Löhne anzuheben. Die Umverteilung der Produktivitäts-

gewinne kann neben Lohnerhöhungen auch über eine Verkürzung der Arbeitszeit geschehen, zum Beispiel durch die Reduktion der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit.

18 MINUTEN. Tatsächlich stagniert die Vollzeitarbeitszeit seit langem. Im Jahr 1993 haben die Arbeitnehmenden bei einem Vollzeitpensum 42 Stunden gearbeitet. 2023 waren es noch immer 41,7 Stunden. Das entspricht einer Reduktion von gerade mal 18 Minuten in 30 Jahren. Gleichzeitig arbeiten viele Menschen, vor allem Frauen, Teilzeit, um Erwerbsleben und Care-Arbeit vereinen zu können. Und müssen damit massive Einbussen bei Lohn und Renten in Kauf nehmen. Der heutige Vollzeitstandard von fast 42 Stunden ist nicht mehr zeitgemäss. Eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit würde mehr dringend benötigte Zeit für unbezahlte Care-Arbeit und Erholung lassen. Arbeitszeitverkürzung spielt auch

Löhne hinken der Arbeitsproduktivität hinterher – Arbeitszeit stagniert

Linke Achse: Arbeitsproduktivität und Reallöhne, Index 1993 = 100
Rechte Achse: Arbeitszeit



eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf aktuelle Herausforderungen – die

steigende Arbeitsproduktivität macht es möglich.

Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.



PROTESTE STATT BAUARBEITEN:
Jugendliche besetzen 1975
Bagger in Kaiseraugst, mit dabei
auch Ueli Mäder (hinten, zweiter
von links). FOTO: FOTOLIB BASEL

50 Jahre Kaiseraugst

Als Proteste ein neues AKW verhinderten

Atomkraft, nein danke! Das sagten Protestierende schon vor fünfzig Jahren. Und verhinderten den Bau des Atomkraftwerkes in Kaiseraugst. Widerständig und dem Zeitgeist zum Trotz.

UELI MÄDER*

Der 1. April 1975 fiel auf einen Osterdienstag. Da sollte in Kaiseraugst AG der Bau eines Atomkraftwerks beginnen. Die Arbeiter erschienen in aller Früh, kehrten jedoch bald wieder um. Ihre Bagger standen zwar bereit, wurden aber von Jugendlichen besetzt. Die frohe Botschaft verbreitete sich im Nu. Hunderte strömten herbei, bauten Zelte und später Hütten auf. Früh und mit etwas mulmigem Gefühl sass auch ich an jenem

Auch ich sass damals in Kaiseraugst auf dem Bagger.

1. April in Kaiseraugst auf dem Bagger. Zuerst noch mit unserer damals zweijährigen Tochter Anja. Das würde ich heute nicht mehr tun. Besetzen schon, aber ohne Kleinkind. Erfreut zogen wir dann, die ganze Familie und die Wohngemeinschaft, an die Kundgebung vom Sonntag, dem 6. April 1975. 15000 Personen kamen; auch mein Vater. Und ausserdem, was mich mehr überraschte: Otto Buess, der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Sissach. Er politisierte in der SVP, lehnte aber das AKW klar ab.

VOLKSENTSCHEID MISSACHTET

Die Besetzerinnen berieten sich an Vollversammlungen, harrten elf Wochen aus und erreichten so Verhandlungen mit dem Bundesrat. Dieser

schützte lange die Investoren um den Aargauer Energiekonzern Motor Columbus. Dabei hatte die Bevölkerung von Kaiseraugst 1972 den Bau eines Atomkraftwerks haushoch abgelehnt. Doch weder der Aargauer Regierungsrat noch das Verwaltungsgericht noch das Bundesgericht kümmerte dieses klare Nein. Auch SP-Bundesrat und ehemaliger Gewerkschafter Willi Ritschard war lange nicht bereit, mit den Besetzern von Kaiseraugst zu verhandeln. Erst Helmut Hubacher, Schwergewicht der



TEIL DES PROTESTS:
Soziologe Ueli Mäder.

FOTO: KEYSTONE

SP, brachte ihn dazu. Die Verhandlungen verliefen für die Demonstrierenden jedoch enttäuschend, denn sie führten zu keinerlei Lösungen. Dennoch verzichtete Motor Columbus auf den Bau, auch als Folge des Protests. Dann, 1989, drei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und der Chemiekatastrophe von Schweizerhalle, begrub das eidgenössische Parlament das AKW Kaiseraugst endgültig. Motor Columbus erhielt als Abfindung 350 Millionen Franken.

BREIT ABGESTÜTZTE BEWEGUNG

So weit, arg verkürzt, was am Samstag, 4. April 2025, mehrere Hundert Ehemalige und Nachkommen in der Basler Markthalle feiern. Die NWA Schweiz (Nie wieder Atomkraftwerke) hatte dazu eingeladen, 50 Jahre danach. Die NWA koordinierte zusammen mit der Gewaltfreien Aktion Kaiseraugst (GAK) 1975 die Besetzung. In der GAK waren Leute aus der Juso, der trotzkistischen RML und der Poch, Sozialdemokratinnen, Grüne, Umwelt- und Friedensbewegte, aber auch Menschen aus bürgerlichen Kreisen.

Am Jubiläumsanlass in der Basler Markthalle erinnert sich Florianne Koechlin an lebendige Vollversammlungen. Die Biologin politisierte für die Progressiven Organisationen (Poch). Zuerst habe sie vor Verhandlungen mit dem Bundesrat gewarnt, der die Bewegung bloss vereinnahmen wolle. Bei der Besetzung realisierte sie immer mehr, wie nötig breite Allianzen sind und wie Konflikte verbinden können.

Verhaltenen Applaus erhält auch Hanspeter Gysin, ehemaliger Vertreter der Revolutionären Marxistischen Liga (RML). Er würdigt das Sprengen des «Lügenpavillons», den die Motor Columbus auf dem freiwillig geräumten Gelände errichtet hatte. Giorgio Bellini (1945–2024) bekannte sich 2021 zur Tat. Der Politaktivist reagierte damit auf das Ablehnen der Atomschutzinitiative 1979. Er äussert sich auch im sehenswerten Dok-Film dazu, den das Schweizer Fernsehen am 3. April 2025 über die Besetzung ausstrahlte. Vielleicht sei diese Sprengung, so Bellini, doch nicht ganz so nötig gewesen. Die NWA distanzierte sich stets entschieden davon. Sie aner-

kennt auch, dass der Gesinnungswandel von einzelnen Bürgerlichen das AKW Kaiseraugst mitverhindert hat.

GESINNUNGSWANDEL

Kaiseraugst brachte ein grosses Umdenken in Bezug auf die Atomenergie. Zu Beginn der 1970er Jahre sprachen sich noch, nebst den meisten Bürgerlichen, etliche SP- und PdA-Mitglieder für Atomenergie aus. Aber das änderte sich bald. Davon zeugte die stark zunehmende, heterogene Ablehnung des AKW Kaiseraugst.

Etlichen imponierte das gewaltfreie Selbstverständnis der Bewegung. Diese mobilisierte so viel Solidarität. Zudem verknüpfte sie lebensweltliche und politische Belange. Im Sinne von Leben statt Profit. Das half.

Seit Ende der 1970er Jahre verzichteten die Kantone Basel-Land und Basel-Stadt gesetzlich auf AKW. 1990

beschlossen die Stimmberechtigten der Schweiz ein zehnjähriges Moratorium für AKW. Und nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima entschied der Bundesrat 2011 den Ausstieg aus der Atomenergie. Das Parlament folgte ihm. Somit sind neue AKW verboten. Aber viel Arbeit steht bevor. Dies auch deshalb, weil geldgetriebene Kreise und SVP-Energieminister Albert Rösti diese Beschlüsse unterlaufen wollen.

Die NWA setzt sich indes weiter dafür ein, den Ausstieg möglichst bald zu verwirklichen, konsequent erneuerbare Energie zu fördern und die Umwelt zu schonen. Dabei drängt sich auf, Bündnisse mit der Klimabewegung und der Friedensbewegung zu stärken. Mehr Druck ist bitter nötig. Im Sinne von: Atomkraft, nein danke!

* Ueli Mäder (* 1951) ist Soziologe. Er war bis zu seiner Pensionierung Professor an der Uni Basel. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf Fragen der sozialen Ungleichheit sowie auf der Konflikt- und Kooperationsforschung. In den 1970er Jahren war er Mitgründer der Progressiven Organisationen der Schweiz (Poch).



VEREINT: Gegen den Bau des AKW wehrten sich nicht nur Linke, sondern auch Menschen aus bürgerlichen Kreisen. FOTO: KEYSTONE



Das offene Ohr

Rahel Beyeler von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Gast hatte einen allergischen Schock: Hafte ich?

Ich arbeite im Service und habe einen Gast mit Weizenallergie bedient. Wie im Betrieb üblich, informierte ich bei der Bestellung des Hauptgangs die Küche über die Allergie. Beim Dessert – einem Klassiker des Hauses – tat ich dies nicht, weil ich die Zutaten kannte und es schon öfter an Personen mit Weizenallergien serviert hatte. Ich wusste nicht, dass die Küche erst kürzlich das Rezept mit Mehl angereichert hatte. Leider erlitt der Gast daraufhin einen allergischen Schock, und die Ambulanz musste kommen. Die Rechnung des Rettungsdienstes von über 1800 Franken hat der Chef an unser Restaurant geschickt. Nun will meine Chefin, dass ich mich beteilige. Muss ich das?

RAHEL BEYELER: Nein, in Ihrem Fall nicht. Zwar sieht das Gesetz vor, dass die Arbeitnehmenden für den Schaden aufkommen müssen, den sie der Arbeitgeberin absichtlich oder fahrlässig zufügen. Das Ausmass der Haftung richtet sich nach dem Grad des Verschuldens,

wobei auch das Berufsrisko, der Bildungsgrad oder die Fachkenntnis, die für die Arbeit vorausgesetzt werden, zu berücksichtigen sind. Bei leichter Fahrlässigkeit wird die Schadenersatzpflicht regelmässig sehr deutlich reduziert, bei schuldensgenerierter Arbeit entfällt sie sogar ganz.



FEHLER PASSIEREN: Auch eine Fachfrau kann nicht alles wissen.
FOTO: SHUTTERSTOCK

Dass selbst sorgfältige und aufmerksame Servicemitarbeitende gelegentlich einen Teller zerschlagen, gehört beispielsweise zum Berufsrisko. Der L-GAV des Gastgewerbes sieht denn auch ausdrücklich vor, dass Mitarbeitende für Glas- und Geschirrbuch nur haften, wenn sie absichtlich oder grobfahrlässig gehandelt haben. Ebenso kann es in der Hektik eines Abends passieren, dass ein Teller an den falschen Tisch serviert wird. Klar, bei Allergien von Gästen darf vom Servicepersonal ein erhöhtes Mass an Sorgfalt erwartet werden. Jedoch tragen meines Erachtens nicht allein Sie die Verantwortung für den Fehler. Die Küche hat das Rezept ergänzt, ohne dass Sie darüber informiert wurden. Dies sind Anzeichen dafür, dass die Abläufe im Betrieb ungenügend organisiert waren. Hierfür trägt die Arbeitgeberin die Verantwortung. Sie muss also die Rechnung bezahlen.

Kündigungsschutz: Gilt dieser im Vaterschaftsurlaub?

In wenigen Monaten werde ich Vater und möchte einen längeren Vaterschaftsurlaub machen. Kann mein Arbeitgeber mir in dieser Zeit kündigen? Ich habe gehört, in Deutschland wäre ich gegen eine Kündigung geschützt.

RAHEL BEYELER: Ja, das darf der Arbeitgeber! Wenn Sie während Ihres Urlaubs die Kündigung erhalten, ist diese gültig. Nur die Kündigungen von schwangeren Arbeitnehmerinnen oder von Müttern während des Mutterschaftsurlaubs sind nichtig. Die Schweiz kennt bis jetzt keinen zeitlichen Kündigungsschutz während des Vaterschaftsurlaubs. In Deutschland hingegen darf die Arbeitgeberin das Arbeitsverhältnis ab dem Zeitpunkt, von dem an Elternzeit verlangt worden ist, und auch während der Elternzeit selbst nicht kündigen. Wir könnten uns in diesem Punkt beim grossen Nachbarn gern ein Beispiel nehmen!

Ferienjobs für Jugendliche: Wie lange darf ich arbeiten? Welche Jobs sind

Arbeiten statt faulenzten: Das

Viele Jugendliche nehmen während der Ferien einen Ferienjob an, um ein bisschen Sackgeld zu verdienen. work gibt Tipps für die Jobsuche und klärt die wichtigsten arbeitsrechtlichen Fragen.

MARIA KÜNZLI

Darf ich die ganzen Ferien durcharbeiten?

Zuerst einmal: Ein Ferienjob ist auf jeden Fall eine gute Idee! Du lernst verschiedene Berufswelten in der Praxis kennen, was dir für deine Berufswahl einiges bringt. Und du verdienst erst noch etwas dazu. Es ist aber wichtig, dass du während deiner Ferien genug Erholung bekommst. Aus diesem Grund regelt das Arbeitsrecht zu deinem Schutz, wie viel du während der Schulferien arbeiten darfst. Jugendliche dürfen nur die Hälfte der Schulferien und höchstens acht Stunden pro Tag arbeiten. Der Arbeit darf nicht vor 6 Uhr morgens beginnen, und Feierabend ist spätestens um 18 Uhr. Auch Sonntagsarbeit ist für Jugendliche verboten. Während der Schulzeit darf höchstens drei Stunden pro Tag und neun Stunden pro Woche gearbeitet werden.

Wie viel Stundenlohn steht mir zu?

Gesetzlich geregelt ist der Lohn für Ferienjobs nicht. Jugendliche haben aber ebenso ein Recht auf faire Entlohnung wie Erwachsene. Die Höhe des Stundenlohns hängt von der Art der Beschäftigung, von Alter, Aufgabenbereich und der Branche ab. Für 13jährige ist ein Stundenlohn von etwa 12 bis 14 Franken üblich. Für 14jährige liegt der Lohn bei 13 bis 15 Franken und für 15jährige bei ungefähr 14 bis 16 Franken pro Stunde.

Darf ich in einem Restaurant servieren?

Ab 16 Jahren darfst du in Restaurants, Hotels und Cafés servieren. Jüngere dürfen nur im Rahmen einer Lehre oder Schnupperlehre Gäste bedienen. In Nachtclubs, Discos und Bars Gäste zu bedienen ist erst ab 18 Jahren erlaubt.

Darf ich in einem Zirkus an der Kasse oder beim Essensstand arbeiten?

Ja, ab 16 Jahren. Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nicht in Zirkussen, Schaustellerbetrieben und Kinos beschäftigt werden. Das betrifft alle Arbeiten, die nicht künstlerisch sind, also zum Beispiel Ticketverkauf, Mitarbeit beim Aufbau eines Zirkuszeltens oder die Arbeit an der Kinokasse. Zudem sind grundsätzlich alle gefährlichen Arbeiten verboten, die die Gesund-

Jugendliche haben ebenso ein Recht auf faire Entlohnung.

heit, Sicherheit oder persönliche Entwicklung junger Menschen gefährden können. Welche Tätigkeiten das sind, hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) festgelegt (rebrand.ly/wbf-gefaehrliche-arbeiten). Darunter fallen zum Beispiel Arbeiten mit gesundheitsgefährdenden Chemikalien, hoher psychischer Belastung oder einem hohen Unfallrisiko.

Ich bin 13 Jahre alt. Darf ich schon einen Ferienjob annehmen?

Ja, das darfst du. Ab dem 13. Altersjahr dürfen Jugendliche sogenannte «leichte» Arbeiten verrichten. Gemeint sind damit zum Beispiel kleine Erledigungen, Ferienjobs und Schnupperlehren. Für die Dauer der Ferienjobs gelten die Regeln, die bei der ersten Antwort ausgeführt sind. Was die leichte Arbeit von einer «normalen» oder gefährlichen Tätigkeit unterscheidet, ist die Art der Arbeit und sind die Bedingungen, unter denen sie ausgeführt wird (Arbeitszeiten, Häufigkeit usw.). Dabei liegt es in der Verantwortung der Eltern und Arbeitgeber zu schauen, dass die Jugendlichen nicht überfordert werden, und im Zweifelsfall eine Beschäftigung zu verbieten. Vor dem 13. Lebensjahr dürfen Minderjährige nur innerhalb der Familie oder für Bekannte kleinere Jobs übernehmen. Zum Beispiel Rasen



WORKTIPP

WEM GEHÖRT DER LOHN?

Geld, das Jugendliche selbst verdienen, gehört auch den Jugendlichen. Das ist per Gesetz so festgelegt (Art. 323 ZGB, rebrand.ly/zgb-323). Eltern dürfen aber – wie beim Lehrlingslohn – verlangen, dass sich der Nachwuchs an grösseren Anschaffungen beteiligt oder dass ein kleiner Betrag für den Unterhalt des Kindes abgegeben wird. Hilfreiche Tipps zum Umgang mit dem selbstverdienten Lohn von Jugendlichen finden Sie zum Beispiel auf der Website der Pro Juventute (rebrand.ly/projuventute-kostgeld).

mähnen, mit dem Nachbarshund Gassi gehen, Wäsche zusammenlegen oder Fenster putzen.

Brauche ich für den Ferienjob einen AHV-Ausweis?

Einen AHV-Ausweis brauchst du für Ferien- und Nebenjobs nicht. Beitragspflichtig bist du frühestens ab 18 Jahren. Das bedeutet: Du bist als Jugendliche oder Jugendliche nicht AHV-versichert und erhältst deshalb auch keinen AHV-Ausweis.

Ab wann darf ich in den Ferien eine Schnupperlehre absolvieren?

Ab 13 Jahren dürfen Jugendliche sogenannte Schnupperlehren absolvieren, um einen bestimmten Beruf in der Praxis kennenzulernen. Die Schnupperlehre darf aber nicht länger als zwei Wochen dauern. In Sachen Arbeitszeit gilt das

zumutbar? Und wie viel Lohn ist angebracht?

musst du wissen!

ARBEITGEBERSEITE

CHEFS IN DER PFLICHT

Jede Arbeitgeberin und jeder Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen, die im Betrieb für einen Ferien- oder Nebenjob angestellt sind, ihrem Alter entsprechend gefördert und nicht überfordert werden. Der Betrieb muss auf die Gesundheit der Jugendlichen Rücksicht nehmen und muss einberechnen, dass die Jugendlichen noch wenig Erfahrung haben und ihr Bewusstsein für Gefahren noch nicht vollständig ausgebildet ist. Die Jugendlichen müssen von einer erwachsenen Person sorgfältig eingearbeitet, informiert und angeleitet werden. Zudem liegt es in der Pflicht des Arbeitgebers, die Eltern oder gesetzlichen Vertreter der Jugendlichen über die Arbeitsbedingungen, über mögliche Gefahren und Unfälle, die während der Arbeitszeit passieren, zu informieren. Auch über Schutzmassnahmen, die getroffen werden müssen, muss die Arbeitgeberin informieren.

VERSICHERT? A propos Unfälle: Schülerinnen und Schüler sind gegen berufliche Unfälle versichert. Wenn sie mehr als acht Stunden pro Woche für den gleichen Arbeitgeber tätig sind, sind sie über diesen auch bei Nichtberufsunfällen versichert. (mk)

gleiche wie bei Nebenjobs: höchstens acht Stunden pro Tag und nicht mehr als vierzig Stunden pro Woche.

Und wie finde ich jetzt einen Ferienjob?

Oft ist das Gute ganz nah: Frag im Freundes- und Bekanntenkreis und in der Nachbarschaft nach. Vielleicht sucht jemand eine Hilfe für den Frühlingssputz? Oder das Nachbarspärchen sucht einen Babysitter? Oder vielleicht kannst du beim Arbeitsplatz deiner Mutter oder deines Vaters aushelfen? Frag auch in den lokalen Geschäften nach, ob ein Ferienjob zu vergeben sei. Für Jugendliche ab 14 Jahren

werden auch auf verschiedenen Onlineplattformen Ferienjobs und Minijobs angeboten, zum Beispiel auf Student Jobs (rebrand.ly/jobboerse-studentjobs). Arbeitest du gerne in der Natur? Dann wirst du vielleicht bei Agriviva (rebrand.ly/jobboerse-agriviva) fündig (für Jugendliche ab 14 Jahren). Melde dich auch bei der Jugendjobbörse deiner Region. Diese vermittelt jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren an Firmen und Private, die einen Auftrag zu vergeben haben. Daneben coachen sie dich auch, geben dir Tipps fürs Jobben und achten darauf, dass die Arbeitsbedingungen dem Jugendarbeiterschutz entsprechen.

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



INSTRUMENT PER TABLET LERNEN: So lautest das Versprechen vieler Anbieter. FOTO: FLOWKEY

Apps als Musiklehrer

Apps können beim Erlernen eines Instruments helfen. Wir nahmen sechs Musik-Lernapps für Gitarre und Klavier genauer unter die Lupe. Bei der App **Yousician** (Fr. 12.50/Monat), **Simply Guitar** und **Simply Piano** (beide ab Fr. 10.–/Monat) steht das Nachspielen von Noten nach visuellen Vorgaben im Zentrum. Je nach App sind Lektionen mit vorgegebenen Stücken enthalten, oder man sucht in einer Bibliothek Lieder zum Üben. Bei den Gitarrenlektionen auf Yousician zeigt der weisse Ball, welchen Ton man spielen muss, bei den Pianolektionen leuchten nacheinander Klaviertasten auf. Bei Simply Piano wiederum läuft als visuelle Hilfe ein leuchtender Strich über ein Notenblatt. Während des Spiels hören die Apps über das Mikrofon des Handys mit **Beim Test überzeugte nur eine App.** Beim Ton funktioniert das, beim Rhythmus hingegen nicht. In der Stichprobe konnten die Spieler auch den Takt verfehlen, ohne dass die App reagierte. Die Apps **Music2me** (Fr. 16.–/Monat) und **Flowkey** (Fr. 33.–/Monat) orientieren sich am Unterricht in der Schule. In den Videolektionen vermitteln Musiklehrer Theorie und Spieltechniken, die man im Anschluss übt. **Ultimate Guitar** (Fr. 6.60/Monat) eignet sich für Gitarrenspieler mit Basiswissen, die vor allem bekannte Lieder nachspielen wollen. Beim Test überzeugte nur die App Flowkey für Klavier dank ihrem strukturierten Aufbau und dem guten Übungsmodus für schwierige Songpassagen. Bei den Gitarrenlektionen hatten alle Apps Schwächen. Die Apps können Sie kostenlos ausprobieren, bevor Sie dafür Geld ausgeben. Ein Ersatz für Musikunterricht durch eine Lehrerin sind die Apps aber nicht: Sie bewerten weder den musikalischen Ausdruck, noch können sie die Haltung und Handhabung des Instruments korrigieren. THOMAS SCHWENDENER

Automatische Aboverlängerung:

Wenn Sie das Abo

Sie haben vergessen, ein Abo zu kündigen, und schon wurde es um ein Jahr verlängert. Das ist ärgerlich und kostet Geld – aber ist es auch legal? Wann darf das Abo verlängert werden? Und wie können Sie vorbeugen?

MARIA KÜNZLI

Es kommt vor bei Dating-Abos, bei Zeitschriften und Zeitungen, bei Smartphone-Apps, bei Fitness-Abos oder auch bei kostenlosen Probe-Abos: Nach einer bestimmten Zeit wird das Abo automatisch verlängert, oder es geht in ein kostenpflichtiges Abo über, sofern nicht rechtzeitig gekündigt wurde. Und so ist es sehr schnell passiert, dass Sie Geld ausgeben

müssen für etwas, das Sie eigentlich gar nicht mehr wollen, nur weil Sie die Kündigungsfrist verpasst haben. Ob eine solche Vertragsverlängerung rechtens ist, hängt von mehreren Faktoren ab.

Als Kundin oder Kunde sollten Sie die automatische Verlängerung nur akzeptieren, wenn Sie der Anbieter vor Vertragsabschluss und rechtzeitig vor der Vertragsverlängerung darüber informiert hat. Bereits bei Vertragsabschluss weisen seriöse Unternehmen klar und deutlich auf die automatische Verlängerung hin. Ausserdem sollte das Kündigen möglichst einfach sein, also ohne Hürden. Eine Hürde ist zum Beispiel, wenn die Kündigungsfrist sehr lang ist oder wenn man nur online kündigen kann, dies aber

Mit diesen Tricks tappen Sie nicht in die Falle

(fast) nicht mehr los werden

nur sehr umständlich möglich oder das Kündigungsformular auf der Website fast nicht zu finden ist.

VERSTECKTE KLAUSELN. Natürlich legen es unseriöse Anbieter darauf an, dass eine Kündigungsfrist verpasst wird. Deshalb wird die Information zur automatischen Vertragsverlängerung oft irgendwo in den Tiefen der AGB (allgemeine Geschäftsbedingungen) oder auf der Website versteckt. Wenn Sie zum Beispiel ein Magazin für drei Monate abonnieren, heisst das nicht automatisch, sollte das Kündigen möglichst einfach sein, also ohne Hürden. Eine Hürde ist zum Beispiel, wenn die Kündigungsfrist sehr lang ist oder wenn man nur online kündigen kann, dies aber

Ein Rechtsstreit ist mühsam, sorgen Sie besser vor.

die Wahrscheinlichkeit, dass der Vertrag rechtlich nicht standhält und die Kundin oder

der Kunde ihn nicht akzeptieren muss. Weil ein Rechtsstreit aber meist mühsam, langwierig und teuer ist, sorgen Sie besser vor und prüfen jeden Vertrag, den Sie eingehen, genau! Dabei helfen Ihnen folgende Tipps:

1. VERTRÄGE PRÜFEN. Suchen Sie in den AGB nach Wörtern wie «Kündigung», «kündigen», «verlängert» und «erneuern». Liegt der Vertrag digital vor, können Sie die Volltextsuche nutzen. Oder, noch schneller:

2. GENAU LESEN.

Wenn Sie das Abo online lösen, nehmen Sie sich die Zeit und lesen Sie die Website vor Vertragsabschluss genau durch. Suchen Sie dabei nach geschickt kaschierten Hinweisen auf eine automatische Vertragsverlängerung.

3. FRIST NOTIEREN. Wird das Abo automatisch verlängert und Sie wollen den Vertrag trotzdem abschliessen, notieren Sie sich die Kündigungsfrist in Ihrem Kalender, aktivieren Sie eine Erinnerung oder kündigen Sie gleich nach Abschluss des Vertrags auf das Ende der Vertragsdauer.

UNSERIÖSE SHOPS WARNLISTEN HELFEN

Wenn Sie mit einem Onlineanbieter, den Sie vorher nicht kannten, einen Vertrag abschliessen wollen, sei es ein Abo oder ein Produkt bestellen, sollten Sie sich vorher über das Unternehmen informieren. Gibt es negative Bewertungen im Internet? Wurde das Unternehmen oder der Onlineshop bereits gemeldet und steht auf einer Warnliste? Eine solche Warnliste für unseriöse Internetschops führt zum Beispiel der K-Tipp (rebrand.ly/warnliste-ktipp).

Osterwissen

Wo die Eier herkommen



An Ostern verstecken wir Eier, die der Osterhase bringt – das weiss jedes Kind. Doch woher kommt eigentlich dieser Brauch?

Worum geht es noch einmal an Ostern? An Ostern wird die Auferstehung von Jesus nach dem Tod am Kreuz (Karfreitag) gefeiert. Was das nun genau mit Eiern und Hasen zu tun

Am Ende der Fastenzeit hatten sich viele Eier angesammelt.

hat? Das Ei ist im Christentum ein Symbol der Auferstehung und in den meisten Kulturen ein Symbol für Fruchtbarkeit. Hinzu kommt: Während der Fastenzeit war es verboten,

Eier zu essen. Deshalb kochte man sie, um sie haltbarer zu machen, und bewahrte sie auf. An Ostern – dem Ende der Fastenzeit – hatte sich dann eine Menge Eier angesammelt.

DER FRÜHLINGSBOTE. Wie kam der Hase ins Spiel? Einerseits ist er ebenso wie das Ei ein Symbol für Fruchtbarkeit. Ausserdem gilt er als Frühlingbote. Mit der Bibel hat der Osterhase aber nichts zu tun. Erst ab dem 17. Jahrhundert verbreitete sich die Geschichte, dass er die Eier bringe. Ostern ist übrigens ein sogenannt bewegliches Fest, das jedes Jahr an einem anderen Datum stattfindet. Es wird immer am Sonntag nach dem ersten Frühlingsvollmond gefeiert. (mk)

workrätzel 3 Mal ein Coop-Gutschein à Fr. 50.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!



LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 4
Das Lösungswort lautete: STAATSHILFE



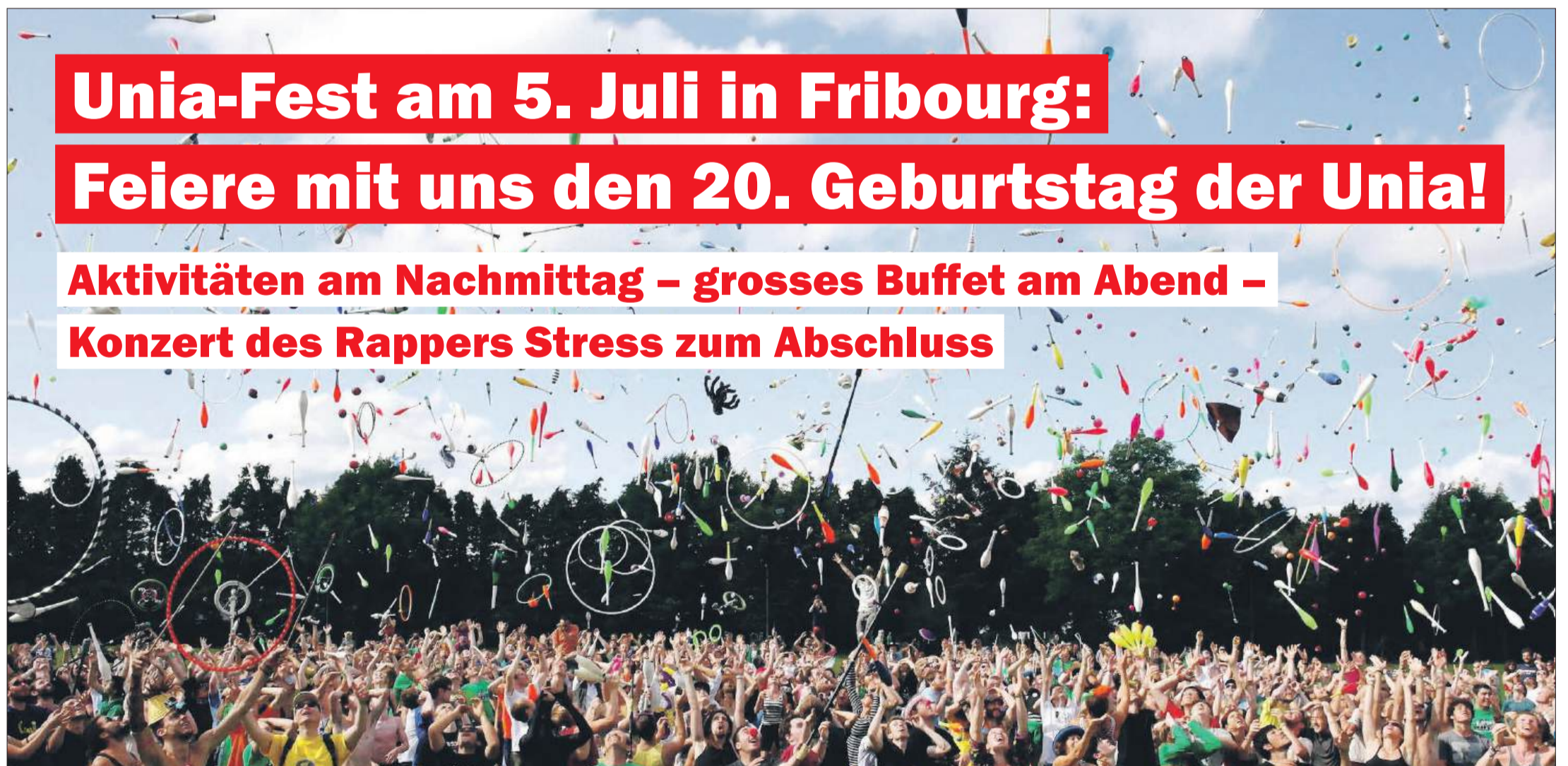
Zauberland in e. US-Kinderbuch			Entwicklungsstufe der Insekten	Geliebte des Leander	rasch machen: sich ...			Hochschulen (Kw.)	nicht dahinter	modern, populär	Netzwerkbetreuer Kw.		helles engl. Bier		Klostervorsteher	Teufelsrochen Mz.	helles engl. Bier	kleine Kleidergrösse
bändigen				6				Einwählprogramm							Lausbub bei Busch †			
Pharmakonzern im Gewinnrausch	Halbedelsteine		Ferienort i. Kt. GR	poet.: Inseln				12					einer der Söhne Noahs		wenn, zu der Zeit			
								männl. Rind		Skilanglaufspur		englischer Frauenname						informeller Gruss
					Anfänger		schweiz. Non-Profit-Organisation								kurzes, tiefes Wildbachtal		Bündner Gewürzlikör	
Getränk vor dem Essen	Opfer-tisch		Elementar-telchen					13				Dokumentensamm-lungen		Gewicht der Ver-packung				
Mühsal, Bürde Mz.							Norm, Vor-schrift		Blut-flüssig-keit Mz.		Schwe-beteil-chen			11				
			Sommer-blume		... für unsere Arbeit!										Musik-instru-ment		EG-Nach-folgerin	
Tessiner Bild-hauer † 1891	Patron der Stadt St. Gallen		Schieds-richter (engl.)								Wagen-schup-pen		grosse Partys					7
Spieler					leichte Holzart		Süss-wasser-fische			echt, wirklich			4		Genfer Wappen-tier			Körper-stellung
			schweiz. Rhein-zufluss		etwas in Gang bringen, treiben									Wild-pflege	arktisch. Meeres-vogel			10
engl.: Auto	Farb-muster auf-tragen									mit ... und Recht		Film von Petra Volpe						
Kummer, Trauer				schweiz. Partei		Schnell-zug		Lenden-stück v. Rind					8		frz. Artikel		scherzh.: US-Soldat	
Brauch, Gewohnheit	gegen ...!											Eier im Vogel-nest		1				
			Gangart des Pferdes					Erb-faktoren							kelt. Name Irlands			
							5											

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 23. April 2025

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Marcel Felber, Adliswil ZH.
Herzlichen Glückwunsch!

INSERAT



Unia-Fest am 5. Juli in Fribourg:
Feiere mit uns den 20. Geburtstag der Unia!
Aktivitäten am Nachmittag – grosses Buffet am Abend –
Konzert des Rappers Stress zum Abschluss

Alle Unia-Mitglieder sind eingeladen.

Achtung: begrenzte Teilnehmendenzahl, melde dich rasch an.



Programm und Anmeldung



WORKLESERFOTO



Liebe im Wald

WANN 26. März 2025
WO Emmental BE
WAS Ein Baum mit Herz
 Eingesandt von Erwin Scheidegger, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORKZEITUNG.CH / 25.3.2025: MEGA-GEWINN NACH MEGA-ABBAU BEI DER MIGROS

Unglaublich

Unglaublich! Ich dachte immer, die Migros sei eines der wenigen Urschweizer Unternehmen, die nicht so gewinnorientiert sind.

CRAZY SAN 77, VIA INSTAGRAM

Schrecklich

Dutti dreht sich im Grabe um. Schrecklich, wie unsozial die Migros geworden ist.

MARGRIT DOBLER, VIA FACEBOOK

WORK 4 / 20.3.2025: WAGENREINIGER JUAN COLOMER SORGT FÜR SAUBERE ZÜGE

Respekt!

Respekt an Juan und alle anderen im Team! Wenn immer ein Wagenreiniger durch den Zug läuft, versuche ich ihnen ein wenig zu helfen, indem ich schon mal die Zeitung oder was immer in meiner

Nähe ist, in die Hand nehme, um das Ganze dann direkt in den Güselsack zu werfen! Danke euch!

FLORIAN SPISLA, VIA FACEBOOK

Hut ab!

Hut ab vor eurer Leistung und an dieser Stelle mal ein grosses DANKE. Viele Cüpli-Sozis (Lehrer) sollten sich ein Beispiel nehmen! An die Passagiere, nehmt einen Plasticsack mit. Es ist widerlich und respektlos, anderen ihre Hinterlassenschaften zu überlassen.

JSABELLA JOHANNA, VIA INSTAGRAM

WORKZEITUNG.CH / 8.4.2025: SCHWINDENDE KAUFKRAFT STRESST SCHWEIZER FAMILIEN

In den Schulden

Ich bin aufgrund meiner Gesundheit verschuldet und lebe seit etwa fünf Jahren am Existenzminimum. Die Preise steigen und das Existenzminimum sinkt. Wenn das so weitergeht, werde ich nie aus den Schulden herauskommen.

RABBIT, VIA TIKTOK

Luxusprobleme

Genau, nicht die Ausländer sind unsere grösste Sorge. Aber SVP und FDP bekämpfen lieber Luxusprobleme.

OLEKBOLEK, VIA TIKTOK

WORK 4 / 20.3.2025: FDP INSZENIERT SICH ALS RETTERIN DER STIFTI, ABER...

Froh über die Prüfung

Ich bin Abonnent der Zeitung work und bin mit dem obengenannten Artikel überhaupt nicht einverstanden. Über zwei Drittel der Oberstufenschüler entscheiden sich für eine Berufslehre. Alle, die einen gewerblichen oder industriellen Beruf lernen, besuchen den ABU-Unterricht. Im ABU gibt es seit über 20 Jahren drei Bereiche, wie sich die Schlussnote zusammensetzt:

1. Erfahrungsnoten des Unterrichts,
2. eine schriftliche Arbeit und
3. die Abschlussprüfung.

Seit dem Aufkommen von KI sind sehr viele Lehrpersonen nicht mehr

begeistert, die schriftliche Arbeit zu lesen, weil die Lernenden selbst nicht mehr vertieft an ihr arbeiten. Alles wird recht oberflächlich. Besonders bei schwächeren Schülern. Ich als Berufsfachschullehrer bin darum froh, dass die Abschlussprüfung weiterhin verlangt wird. Wir an der Berufsfachschule in Rorschach haben zum Beispiel seit je eine mündliche Schlussprüfung im ABU. Da können die zukünftigen Berufsleute zum Abschluss ihrer Lehre zeigen, was sie wissen und wie sie das in ihrem Leben anwenden werden. Themen sind Arbeitsrecht/Bewerbung, Mietrecht, Zusammenleben, Kaufen, Politik, Wirtschaft, Versicherungen, Steuererklärung usw. und Textverständnis. All das brauchen sie ihr Leben lang, egal, welchen Beruf sie ausüben.

RAPHAEL RUTZ, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16

«Die Kostbarkeit der Zeit»

Ich sammle alte Uhren für mein Kunstprojekt und möchte gerne die Geschichten dazu in einem Buchband zusammentragen. Die Uhren werden demontiert und weiterverarbeitet zu einer Installation.

Falls Sie Interesse haben, das Projekt mitzugestalten, bitte ich Sie, sich über die untere Telefonnummer zu melden. (SMS/Anruf) Dort erfahren Sie mehr über das Projekt. Bitte verwenden Sie «Zeitumstellung» als Erkennungswort. Ich würde mich freuen über Ihr Mitwirken.

Herzlichst
 Romana Gfeller aus Solothurn, 078 249 70 13



**MICHAELA SPARR
VON BERLIN
NACH
MÜNSINGEN**

Wenn Michaela Sparr freihat, verbringt sie den Tag am liebsten mit ihrem Sohn. «Wir gehen zusammen raus auf den Spielplatz, malen, puzzeln oder backen. Manchmal machen wir auch einen Ausflug mit dem Auto.» Auch Kochen sei für sie Erholung. Michaela Sparr wuchs in Berlin auf und lebt mit ihrem Partner seit einigen Jahren in der Schweiz, zuerst in Basel, dann im Berner Oberland und jetzt in Münsingen. Vom Balkon aus hat sie freie Sicht auf den Belpberg und die Alpen.

EXIT. Die Arbeit in der Palliativabteilung hat Michaela Sparr dankbarer gemacht, wie sie erzählt. Und sie macht sich heute mehr Gedanken über ihren eigenen Tod als früher. Seit einiger Zeit ist sie Mitglied bei der Sterbehilfeorganisation Exit. «Wenn einmal gar nichts mehr geht, will ich selbstbestimmt sterben können.»



Michaela Sparr (39): Im Einsatz für schwerkranke Menschen

«Wenn jüngere Menschen sterben, geht mir das nahe»

Ein grosses Herz und eine «Berliner Schnauze»: Michaela Sparr begleitet auf einer Palliativabteilung sterbende Menschen. In die Pflege wechselte die gelernte Köchin während der Coronapandemie.

MARIA KÜNZLI | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Die meisten Menschen beschäftigen sich mit dem Tod erst dann, wenn ein Familienmitglied stirbt oder sie selbst schwer erkranken. Bis dahin ist Sterben etwas, das hinter verschlossenen, fremden Türen geschieht. Nicht für Michaela Sparr: Der Tod ist ihr täglicher Begleiter bei der Arbeit, mal willkommener Freund, mal erbitterter Feind.

Die 39jährige ist Pflegehelferin in der Palliativabteilung von Diaconis, einer Non-Profit-Organisation, die neben der Palliative-Care auch drei Pflegeheime und eine Seniorenresidenz im Kanton Bern betreibt. Die Palliativabteilung in der Stadt Bern bietet Platz für 15 Patientinnen und Patienten. Michaela Sparr hält ihre Hand, tröstet sie, hört ihnen zu. Manchmal weint sie

auch mit ihnen – oder um sie, wenn sie gegangen sind. Dann zieht sie ihnen die zu-rechtgelegten Kleider für die letzte Reise an, verteilt Rosenblätter und persönliche Dinge auf Wunsch der Verstorbenen auf dem Bett, plaziert ein Räucherstäbchen im Zimmer und öffnet das Kipfenster, damit die Seele entweichen kann. Manchmal sterben bis zu fünf Patientinnen und Patienten innerhalb von 24 Stunden. Wie halten Michaela Sparr und ihre Arbeitskolleginnen und -kollegen das aus?

MIT HERZ. Michaela Sparr hat zum Gespräch in ihre Wohnung in Münsingen eingeladen, wo sie mit ihrem Partner und dem gemeinsamen sechsjährigen Sohn lebt. Sie hat Gipfeli bereitgestellt und serviert Kaffee. Schon in den ersten Sekunden ist klar: diese Frau hat ein grosses Herz. Und sie trägt es auf der Zunge. Die gebürtige Berlinerin spricht wie ein Wasserfall, lacht oft, laut und schallend. Ihre «Berliner Schnauze» komme in der Schweiz nicht immer gut an, gesteht sie und lacht. «Zwischendurch muss ich auf

den Mund sitzen, statt zu sagen, was ich gerade denke.» Aber meistens sagt sie, was sie denkt. Zum Beispiel dann, wenn die Angehörigen die sterbende Person belagern, weil sie sich alle noch verabschieden wollen. «Natürlich verstehe ich das», sagt die Pflegehelferin, «aber Sterbende brauchen zwischendurch einen Moment für sich allein.»

Michaela Sparr ist gelernte Köchin und arbeitete bis vor fünf Jahren in diesem Beruf. Dann kam Corona, Sparr verlor ihren Job im Berner Oberland. «Eine Freundin machte mich auf den Pflegehelferkurs des SRK aufmerksam.» Der Lehrgang des Schweizerischen Roten Kreuzes richtet sich an Quereinsteigende, besteht aus einem theoretischen Teil sowie einem Praxisseinsatz. In der Palliativabteilung von Diaconis ist pro Schicht eine Pflegehelferin eingeteilt. Diese unterstützt zum Beispiel die Diplomierten bei der medizinischen Betreuung, bereitet das Zimmer für Neueintritte vor, schöpft das Essen, kümmert sich um die Körper- oder Grundpflege und reinigt die medizinischen Geräte.

«Viele Sterbende wollen auch nicht über ihre Diagnose sprechen, aber oft über das Warum», sagt Michaela Sparr. Warum müssen ausgerechnet sie diese Krankheit haben? Michaela Sparr hört dann zu, spendet Trost. Und wird manchmal selbst wütend. «Gerade wenn jüngere Menschen sterbenskrank sind, ist das einfach ungerecht. Das geht mir dann schon nahe.» Dann wendet sie sich manchmal an die hauseigene Seelsorgerin, um sich die Belastung von der Seele zu reden, oder sie ruft ihre Mutter an, die ebenfalls in der Pflege arbeitet. «Es ist wichtig, das Erlebte irgendwo zu deponieren.»

Wenn jemand stirbt, setzt sich Michaela Sparr ans Bett, hält die Hand und wartet. Irgendwann setzt das typische Röcheln ein, ein letzter Blick geht zu den anwesenden Personen im Raum, der Körper erschlafft, Arme und Beine werden kalt. «Einige warten aber auch und sterben erst, wenn sie allein sind.» Von jedem Menschen, der auf der Abteilung verstirbt, verabschiedet sich Michaela Sparr. Wenn die verstorbene Person schon abgeholt wurde, geht sie noch kurz ins leere Zimmer und nimmt sich einen Moment.

FÜR MEHR ZEIT. Natürlich sei da viel Schweres, sagt Sparr, aber es sei auch befriedigend, einen Menschen zu begleiten, ihn noch ein letztes Mal zum Lachen zu bringen, für die Angehörigen da zu sein. «Da kommt wahnsinnig viel Dankbarkeit zurück, das ist das Schöne am Arbeiten in der Pflege und macht es für mich zum Traumberuf.» Weniger schön sei, dass wegen Personalmangels in vielen Institutionen für den einzelnen Menschen oft zu wenig Zeit bleibe. Deshalb setzt sie sich als Unia-Delegierte aktiv für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege ein. Und für eine angemessene Bezahlung: Michaela Sparr arbeitet 80 Prozent und verdient 3600 Franken brutto. Damit das Geld einigermaßen reicht, leistet die junge Mutter zusätzlich noch Temporäreinsätze in der Gastronomie und als Pflegehilfe in anderen Einrichtungen.

Michaela Sparr ist sich sicher: In der Pflege will sie bleiben und sich weiterbilden an der Höheren Fachschule für Pflege. Und dann irgendwann in eine psychiatrische Abteilung wechseln. Denn: Ein Leben lang in der Palliativabteilung arbeiten will sie nicht. «Das geht mir zu sehr ans Herz.»



PULSMESSER, STETHOSKOP UND KAFFEEMASCHINE: Das alles sind für Michaela Sparr wichtige Begleiter in ihrem Job, der ihr manchmal sehr stark ans Herz geht.

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knezevic, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Ueli Mäder, Regula Rytz, Ralf Streck, Clemens Studer, Jean Ziegler, Noémie Zurlinden. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallit, verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallit, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia